

### Antiterrorismus und Jihad im postsowjetischen Raum

Halbach, Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Halbach, U. (2007). *Antiterrorismus und Jihad im postsowjetischen Raum*. (SWP-Studie, S 22). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-245509>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## **SWP-Studie**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Uwe Halbach*

# **Antiterrorismus und Jihad im postsowjetischen Raum**

S 22  
August 2007  
Berlin

**Alle Rechte vorbehalten.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2007

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN 1611-6372

# Inhalt

5	<b>Problemstellung und Empfehlungen</b>
7	<b>Zentrale Diskurselemente und Wahrnehmungsmuster</b>
7	Terrorismus als Definitionsproblem
8	Der Terrorismus-Islamismus-Nexus
9	Islamismus und Terrorismus als importierte Bedrohung
12	<b>Terrorismusbekämpfung in Russland und im GUS-Raum</b>
16	Operative und strukturelle Elemente von Terrorismusbekämpfung
18	Religiöse Aufklärung
19	<b>Islamistische Bewegungen im GUS-Raum: Periodisierung und regionale Differenzierung</b>
20	Nordkaukasus und Südrussland
24	Südkaukasus
27	Zentralasien
32	<b>Ausblick</b>
33	<b>Abkürzungen</b>

*Dr. Uwe Halbach ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der  
Forschungsgruppe Russland / GUS*

## **Antiterrorismus und Jihad im postsowjetischen Raum**

In den letzten zehn Jahren werden die Begriffe Extremismus, Islamismus und Terrorismus in den sicherheitspolitischen Äußerungen Russlands und anderer GUS-Staaten immer enger verbunden. Von Minsk bis Taschkent entstanden schon vor dem 11. September 2001 Antiterrorismuszentren, teils im Rahmen von Regionalorganisationen innerhalb des GUS-Raums, teils regionenübergreifend wie jenes unter dem Dach der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (*Shanghai Cooperation Organisation*, SCO).

Die Studie geht der Frage nach, wie Terrorismus in Verbindung mit Separatismus und religiösem Extremismus in Russland und in den kaukasischen und zentralasiatischen GUS-Staaten wahrgenommen und behandelt wird. Inwieweit kann von einer Verknüpfung dieser laut SCO »drei üblen Kräfte« im postsowjetischen Raum gesprochen werden? Im ersten Kapitel (S. 7ff) wird der vor allem in Russland und Zentralasien geführte offizielle Diskurs über Terrorismus und seine Bekämpfung analysiert. Im zweiten Kapitel (S. 12ff) widmet sich der Verfasser dem Thema Antiterrorismus im Rahmen der russischen Politik und der sicherheitspolitischen Kooperation zwischen den GUS-Staaten. Dabei geht es um das Verhältnis zwischen operativen und strukturellen Maßnahmen, also solchen, die auf tiefer liegende Ursachen zielen. Da auch in der im GUS-Raum vorherrschenden Wahrnehmung Terrorismus eng mit der Aktivität radikal-islamistischer Gruppen in Beziehung gesetzt wird, bietet das dritte Kapitel (S. 19ff) einen Überblick über islamistische Bewegungen im Nordkaukasus, in Aserbaidschan und Zentralasien. Der Verfasser geht der Frage nach, ob und in welchem Umfang Teile dieses Raumes zu Brennpunkten für die Verknüpfung lokaler Konflikt- und Gewaltherde mit globalen Jihad-Netzwerken geworden sind. Zudem untersucht er, inwieweit Regierungen mit dieser Verknüpfung politische Feindbilder zur Legitimation innen- und außenpolitischen Handelns konstruieren.

Trotz einer Flut von Publikationen sind die Kenntnisse über religiös-politische extremistische Organisationen im GUS-Raum lückenhaft. Selbst in Bezug auf häufig genannte Gruppierungen mangelt es an verlässlichen Informationen über Mitgliederzahl, Ursprung, Ressourcenbasis und Interaktionen. In west-

lichen Analysen schwankt die Einschätzung der Gefahr, die von diesen Gruppierungen ausgeht, von »ein irritierender Faktor, aber kein Risiko« (*an irritant, but not a risk*) bis hin zu »Hauptrisiko« (*main risk*).

Zur Undurchsichtigkeit der wirklichen Lage trägt darüber hinaus bei, dass staatliche Sicherheitsorgane innenpolitische Krisen gern mit gewaltorientiertem Islamismus begründen. Die usbekischen Erklärungen dafür, wie das Blutbad von Andischan im Mai 2005 angeblich zustande kam, sind nur ein Beispiel.

Je enger die Verbindung der EU mit ihren Nachbarschaftsregionen im postsowjetischen Raum (wie dem Kaukasus) und den »Nachbarn der Nachbarn« (in Zentralasien) wird, desto relevanter werden die hier behandelten Fragen auch für eine europäische Außenpolitik. Daher ist zu empfehlen:

- ▶ einerseits offizielle Aussagen über die »islamistische Bedrohung« kritisch zu überprüfen und die Maßnahmen der Regierungen zu beobachten: So wirft das gewaltsame Vorgehen gegen »religiöse Extremisten« in Usbekistan seit langem die Frage auf, ob die Staatsmacht damit Radikalisierungstendenzen nicht eher begünstigt, statt sie zu unterbinden;
- ▶ andererseits islamistische Unruhe- und Gewaltpotentiale nicht einfach mit dem Hinweis abzutun, autoritäre Regime instrumentalisierten Antiterrorismus, um ihre Macht zu bewahren;
- ▶ sich über präzisere Definitionen des Terrorismus zu verständigen: Der Sicherheitspolitik und dem Strafrecht der hier behandelten Staaten liegt ein sehr weit gefasster Terrorismusbegriff zugrunde, der zahlreiche Erscheinungsformen und Motivationen von Gewalt durch nichtstaatliche Akteure einschließt;
- ▶ mit den Regierungen über Maßnahmen zu sprechen, die über die strukturelle, das heißt militärische, polizeiliche und strafrechtliche Dimension der Terrorismusbekämpfung hinausgehen. Auf internationaler Bühne haben russische und zentralasiatische Politiker wiederholt die Bedeutung dieses Handlungsspektrums betont;
- ▶ auf dieser strukturellen Ebene liegende Aufgaben zu identifizieren, die vor allem im Bereich von Bildung und Jugendarbeit liegen. Mit russischen Partnern wurden nach dem Terrorakt von Beslan Kooperationsmaßnahmen für den Nordkaukasus besprochen, die dann aber nicht zustande kamen. So wie Präsident Putins Sonderbevollmächtigter Dmitrij Kosak den prekären Zustand dieser Region schilderte, ist der Nordkaukasus nicht nur zu einem gravierenden innerstaatlichen Problem Russ-

lands, sondern zu einer brisanten Gewaltzone am Rande Europas geworden;

- ▶ Möglichkeiten für den Dialog mit unabhängigen religiösen Akteuren zu prüfen, die weder vom Staat kooptiert noch in regimfeindliche islamistische Netzwerke einbezogen sind, sondern wegen ihrer religiösen Bildung und politischen Neutralität ein gewisses Ansehen in der lokalen Bevölkerung genießen. Der Dialog mit der staatsnahen, aus Sicht der Bevölkerung aber oft kompromittierten offiziellen Geistlichkeit verspricht nur begrenzten Erfolg, der Dialog mit gewaltorientierten islamistischen Akteuren scheidet aus;
- ▶ die von den Behörden pauschal behauptete Verbindung lokaler islamistischer Akteure mit ausländischen Sponsoren zu überprüfen und noch bestehende, nach 2001 stark reduzierte Finanzströme an diese »Adresse« zu unterbinden;
- ▶ den Realitätsgehalt des Nexus von Jihad und Drogenökonomie zu überprüfen, der besonders in amerikanischen Darstellungen im Einklang mit den lokalen Sicherheitsapparaten als über jeden Zweifel erhaben (*proven beyond doubt*) dargestellt, aber oft sehr pauschal behauptet wird;
- ▶ die Ideologien und Strategien islamistischer Gruppen in diesem Raum zu analysieren und sich nicht damit zu begnügen, dieses Spektrum mit inflationär benutzten Schlagworten wie zum Beispiel »Wahhabismus« zu etikettieren.

# Zentrale Diskurselemente und Wahrnehmungsmuster

## Terrorismus als Definitionsproblem

Bei der Bestimmung des Begriffs Terrorismus im GUS-Raum sind folgende Trends festzustellen:

- ▶ die Subsumierung verschiedener Formen von Gewalt nichtstaatlicher Akteure unter den Begriff »Terrorismus«;<sup>1</sup>
- ▶ die Vermengung regionaler Gewaltkonflikte (wie in Tschetschenien) mit einem globalen »Mega-Terrorismus«;
- ▶ die Wahrnehmung des Terrorismus als Angriff von außen; die »hausgemachten« regionalen Ursachen für terroristische Gewalt geraten aus dem Blickfeld;
- ▶ die Propagierung einer Sicherheitspolitik, die dem klassischen Begriff militärischer Sicherheit verhaftet bleibt und »war on terrorism« wörtlich versteht.

Der Diskurs leidet an begrifflicher Unklarheit. Es gibt eine Vielzahl internationaler Konventionen über Terrorismus und seine Bekämpfung, aber noch keine allgemein anerkannte Definition des Begriffs.<sup>2</sup> Westliche Untersuchungen gehen von einem Terrorismusbegriff aus, der die Gewalt als gegen die Zivilbevölkerung gerichtet begreift und ihren Kommunikationszweck hervorhebt, nämlich Furcht und Schrecken in einer Gesellschaft zu verbreiten. Danach ist Terrorismus eine »Gewaltstrategie nichtstaatlicher Akteure, die aus dem Untergrund agieren und systematisch versuchen, eine Gesellschaft oder bestimmte Gruppen in Panik zu versetzen, um nach eigener Aussage politische Ziele durchzusetzen«.<sup>3</sup> Russland hat sich gemeinsam mit Großbritannien und Spanien im UN-Sicherheitsrat dafür eingesetzt, dass die UN eine Terrorismusdefinition aufstellt. Das Vorhaben scheiterte am Widerstand Algeriens und Pakistans, die,

stellvertretend für andere islamische Länder, bewaffneten Widerstand gegen Besatzungsmächte aus der Definition ausdrücklich ausschließen wollten.

In Rechtsdokumenten zentralasiatischer GUS-Staaten bleibt die Terrorismusdefinition vage.<sup>4</sup> Es wird kaum ein Unterschied zwischen dem Gebrauch bzw. der Androhung von Gewalt und der Verbreitung radikaler Ideen oder zwischen politischer Gewalt und gewöhnlicher Kriminalität gemacht. Der von Präsident Karimow abgelehnte Entwurf eines »Gesetzes über Terrorismus«, der im Jahr 2000 in Usbekistan kursierte, versuchte gar, Terrorismus als »sozial schädliche Missetat« zu definieren. Artikel 244 des usbekischen Strafgesetzbuchs subsumiert unter terroristische Gewalt alle »Aktivitäten religiöser Organisationen, Bewegungen, Sekten u.a., die Terrorismus, Drogenhandel und organisierte Kriminalität unterstützen«.<sup>5</sup>

Die Undeutlichkeit des Terrorismusbegriffs lässt sich exemplarisch an der am meisten genannten islamistischen Organisation in Zentralasien aufzeigen, der »Hizb ut-Tahrir al Islami« (Islamische Befreiungspartei). Sie betreibt zwar eine regimfeindliche Propaganda, stellt die bestehenden Machtstrukturen radikal in Frage und will sie durch ein Kalifat ersetzen. Doch distanziert sie sich dabei deutlich von terroristischer Gewalt. Die meisten zentralasiatischen Regierungen behandeln sie gleichwohl als terroristisch im engeren Wortsinne, da sie angeblich in die Planung und Ausführung von Gewaltaktionen verwickelt sei. Für einige Anschläge wie die Bombenattentate vom Februar 1999 in Taschkent, einen Attentatsversuch auf die US-Luftbasis Manas in Kirgistan 2003 und weitere Bombenanschläge in Usbekistan 2004 machten die Regierungen zunächst die Hizb ut-Tahrir verantwortlich, nannten hernach aber andere Organisationen als Urheber.

Eine westliche Analyse der Terrorismusperzeptionen in Zentralasien gelangt zu dem Schluss, dass diese sich aus zwei Quellen speisen: einerseits aus Bedro-

1 »Terrorism as an umbrella term for all sorts of violent activity« (Ekaterina Stepanova, *Anti-terrorism and Peace-building during and after Conflict*, Solna: Stockholm International Peace Research Institute [SIPRI], Juni 2003, S. 3).

2 Zum Definitionsproblem: Ulrich Schneekener, *Transnationaler Terrorismus*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 2006, S. 21–48; Bruce Hoffman, »Defining Terrorism«, in: ders. (Hg.), *Inside Terrorism*, New York: Columbia University Press, 1998, S. 13–44.

3 Schneekener, *Transnationaler Terrorismus* [wie Fn. 2], S. 21.

4 Stuart Horsman, »Themes in Official Discourses on Terrorism in Central Asia«, in: *Third World Quarterly*, 26 (2005) 1, S. 199–213.

5 Ebd., S. 201.



hungsängsten postsowjetischer Machteliten, andererseits aus dem ideologischen Hintergrund dieser Eliten, der noch aus sowjetischer Zeit stammt. In jedem Fall unterstütze der Terrorismusdiskurs in einem Land wie Usbekistan eine politische Kultur des »stability first«. <sup>6</sup> Der russische Islamexperte Alexej Malaschenko gelangt zu einem schärferen Urteil: »Die unpräzise Terrordefinition ermöglicht es, alle oppositionellen Kräfte, die sich irgendwie auf den Islam berufen, als ›islamische Terroristen‹ darzustellen.« <sup>7</sup>

## Der Terrorismus-Islamismus-Nexus

Russische Politiker und ihre Kollegen aus islamischen GUS-Staaten betonen, Terrorismus dürfe weder einer bestimmten Nationalität oder einer Ethnie noch einer Religion zugeschrieben werden. <sup>8</sup> In dem Zusammenhang wird daran erinnert, dass Russland eine poly-ethnische, multikonfessionelle Gesellschaft mit einem hohen Anteil an Muslimen habe und sich schon deshalb nicht erlauben könne, Terrorismus und Islam gleichzusetzen. Zur internationalen Auseinandersetzung mit dem radikalen Islamismus könne es gerade deshalb einen spezifischen Beitrag leisten, weil es über jahrhundertlange Erfahrung mit christlich-islamischer Symbiose verfüge. Dabei wird auf den »tatarischen Islam« verwiesen. Er liefere ein Modell für einen gegenüber Modernisierung und Säkularisierung offenen, Europa zugewandten Islam und habe sich historisch durch eine bemerkenswerte Reformfähigkeit ausgewiesen. Terroristische Gewalt gegen Zivilisten ist in Russland gewiss nicht auf islamistische Akteure beschränkt. Vermehrt nimmt zum Beispiel die Gewalt rechteextremistischer Kräfte gegen kaukasische und muslimische Migranten terroristische Züge an – wie bei einem Bombenattentat auf dem

Moskauer Tscherkisow-Markt im Jahr 2006, bei dem zehn Kaukasier und Russen starben.

Bei der amtlichen Identifizierung terroristischer Akteure wird die Zuordnung, vor der hier gewarnt wird, dann aber exklusiv vollzogen. Terrorismus erfährt eine einseitige religiös-politische Zuschreibung zum radikalen Islamismus, eine ethnische und regionale zum Nordkaukasus und eine transnationale zu arabischen und anderen externen muslimischen Akteuren. 2006 gelangte eine offizielle russische Liste terroristischer Organisationen an die Öffentlichkeit. Von den dort genannten Gruppen besitzen ausnahmslos alle einen islamischen und/oder kaukasischen oder arabischen Hintergrund. <sup>9</sup> Offizielle Listen einzelner Staaten divergieren sehr stark in der Zahl der erfassten terroristischen Organisationen: Die 2006 veröffentlichte Liste Russlands enthielt 17 Einträge, jene Kasachstans dagegen nur acht. Die Liste der USA wiederum umfasst eine Vielzahl von Organisationen aus 28 Ländern, darunter Aserbaidshans und Usbekistan.

In Russland hat sich ebenso wie in Zentralasien und Aserbaidshans ein Schlagwort etabliert, das zum Synonym für religiös begründete Gewalt wurde: »Wahhabismus«. Der Terminus wurde in der Phase vor dem Ende der Sowjetunion geprägt, um fundamentalistische Bewegungen im islamischen Teil des Vielvölkerreichs zu bezeichnen. Er bezeichnet die in Saudi-Arabien etablierte Variante puristischer, am »reinen Islam« der Prophetengemeinde und des frühen Kalifats orientierter Strömungen im Islam. Der korrekte Sammelbegriff für solche Strömungen, die sich nicht auf Saudi-Arabien beschränken, lautet »Salafismus«. <sup>10</sup> Sie konfliktieren mit dem im Kaukasus und Zentralasien verwurzelten traditionellen Islam und seinem ethnisch und regional differenzierten Brauchtum. Die »Wahhabiten« lehnen die in beiden Regionen ver-

<sup>6</sup> Horsman, »Themes in Official Discourses on Terrorism in Central Asia« [wie Fn. 4], S. 209.

<sup>7</sup> Aleksei Malaschenko, »Islam, Politics, and Security in Central Asia«, in: Elizabeth Van Wie Davis/Rouben Azizian (Hg.), *Islam, Oil, and Geopolitics. Central Asia after September 11*, Lanham, Md.: Rowman & Littlefield Publishers, 2007, S. 93–104 (101).

<sup>8</sup> Dies hob zum Beispiel Außenminister Lawrow bei einem Deutschlandbesuch 2006 hervor: »Wir sind fest davon überzeugt, dass Terroristen weder Nationalität noch Religion haben. Absolut unannehmbar sind beliebige Versuche, den Begriff ›islamischer Terrorismus‹ in Umlauf zu bringen.« (Sergej Lawrow, »Russland und Deutschland in der heutigen Welt«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9.10.2006.)

<sup>9</sup> Als Kriterien für die Aufnahme in diese Liste werden genannt: 1. gewaltsame bewaffnete Aktionen zwecks Änderung der verfassungsgemäßen Ordnung der Russischen Föderation; 2. Verbindung zu illegalen bewaffneten Kräften und extremistischen Strukturen, die im Nordkaukasus agieren; 3. Mitgliedschaft in Organisationen, die von der internationalen Gemeinschaft als terroristisch identifiziert werden oder Verbindungen zu ihnen unterhalten. Siehe Timofej Borisov, »17 osobo opasnych« [17 besonders Gefährliche], in: *Rossijskaja Gazeta*, 28.7.2006. Zwei Organisationen, »al-Haramain« und »Islamischer Jihad – Gemeinschaft der Muja-hedin«, wurden von der Liste wieder gestrichen, weil ihre Tätigkeit in Russland inzwischen unterbunden werden konnte.

<sup>10</sup> Abgeleitet von den »rechtgläubigen Vorvätern« (as-salaf as-salihūn), die noch einen unverfälschten, von »Neuerungen« unberührten Islam praktizierten.

breiteten sufistischen Traditionen und Organisationsformen ebenso ab wie die Aufgliederung des Islam in bestimmte Rechtsschulen, von denen eine, die hanefitische, in den hier behandelten Regionen (mit Ausnahme Dagestans und Aserbaidschans) dominiert. Sie hat die politische Erscheinungsform des Islam in Zentralasien jahrhundertlang bestimmt.

Tatsächlich haben sich salafistische Bewegungen, darunter militante und von außen unterstützte, in verschiedenen Teilen des postsowjetischen Raums ausgebreitet. Das Schlagwort Wahhabismus hat aber eine derart weitreichende Bedeutung angenommen, dass es kaum mehr etwas aussagt. Ein Repräsentant der islamischen Gemeinde des Gebiets Rostow wies auf Schwierigkeiten hin, die islamistische Unruhestifter in der Gemeinde hervorriefen, und fügte hinzu: »Wir haben heute noch ein anderes Problem. Wenn jemand das rituelle Gebet korrekt vollzieht, nicht trinkt, nicht raucht, nicht flucht, dann hält man ihn für einen Wahhabiten. Heute hält sich jeder Milizionär für einen Spezialisten für Wahhabismus«.<sup>11</sup>

Hier wird ein Problem angesprochen, das den Diskurs über Terrorismus qua religiösen Extremismus im GUS-Raum prägt: Fast zwei Jahrzehnte nach dem Ende des Sowjetkommunismus ist in diesem Raum die Fähigkeit auf prekäre Weise unterentwickelt, zwischen besonders frommen Muslimen, politisch aktiven, aber gewaltlosen Islamisten und militanten Jihad-Kämpfern zu unterscheiden. Aus der undifferenzierten Wahrnehmung eines »religiösen Extremismus« resultieren staatliche Aktionen, die der Gewalt eher den Boden bereiten, anstatt sie einzuschränken. So hat der »Krieg gegen Wahhabiten«, den staatliche und religiöse Behörden in nordkaukasischen Republiken seit 1999 geführt haben, auch gemäßigte Islamisten in den Untergrund und in die Gewalt getrieben.

## Islamismus und Terrorismus als importierte Bedrohung

Terroristische Aktionen gegen und politische Angriffe auf bestehende Machtstrukturen werden von postsowjetischen Regierungen häufig als Offensive externer Feinde dargestellt. In manchen Stellungnahmen wird ein Bedrohungsbild entworfen, nach dem islamistische Terroristen mit ausländischen Geheim-

diensten kooperieren – so etwa in Kommentaren usbekischer Regierungsvertreter zum »Aufstand von Andischan« im Mai 2005. Die Unruhen wurden als Manifestation islamistisch-terroristischer Gewalt präsentiert, die angeblich vom Ausland, zunächst aus dem Nachbarland Kirgistan, auf Usbekistan übergeschwappt sei. Als der Westen die Gewaltmaßnahmen des Regimes kritisierte, bezichtigte es sogar die USA der Mittäterschaft. Außerdem leugnete die Regierung, dass politische Missstände vor Ort den Aufstand verursacht hätten. Inzwischen räumt aber selbst Präsident Karimow ein, dass eine »kurzsichtige Politik der lokalen Behörden« die Unruhen mit ausgelöst habe.<sup>12</sup>

Umfragen in Russland zufolge werden der internationale Terrorismus und das Bestreben westlicher Mächte, Russland zu schwächen, als externe Hauptgefahren genannt. Nach den Motiven für den gewalttätigen Widerstand in Tschetschenien befragt, zeigen sich die Russen allerdings mitunter besser informiert, als es die in den staatlich gelenkten Medien allenthalben verbreitete Darstellung vom »Kampf gegen den internationalen (islamistischen) Terrorismus« im Nordkaukasus vermuten lässt. So glaubte bei einer Umfrage 2003 nur eine Minderheit, tschetschenische Selbstmordattentäter(innen) würden in erster Linie durch eine von internationalen Terroristen verbreitete Jihad-Stimmung hervorgebracht. Die Mehrheit hielt die Selbstmordanschläge für eine Reaktion auf die massive Gewalt, die russische Truppen in Tschetschenien gegen die Zivilbevölkerung ausübten.<sup>13</sup> Diese Einschätzung entspricht Untersuchungen über die Motivationen und Lebensläufe tschetschenischer Selbstmordattentäterinnen. Danach stehen traumatische Kriegserfahrungen und daraus resultierende Rachemotive und weniger eine religiöse Ideologie im Vordergrund.<sup>14</sup>

Nun hat die Verbreitung militanter islamistischer Bewegungen im postsowjetischen Raum ohne Zweifel auch äußere Ursachen. Dazu gehören:

<sup>12</sup> Zitiert nach: »Political Purge in Uzbekistan Indicates President Is »Afraid of His Own Nation«, in: *Eurasianet, Eurasia Insight*, 19.10.2006, <[www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav101906.shtml](http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav101906.shtml)>.

<sup>13</sup> Zu diesen Umfragen: Aleksej Malašenko, »Kakim nam viditsja islam« [Wie wird der Islam wahrgenommen?], 17.10.2006, <[www.carnegie.ru/ru/pubs/media/74859.htm](http://www.carnegie.ru/ru/pubs/media/74859.htm)>.

<sup>14</sup> Anne Speckhard/Khapta Akhmedova, *Black Widows: The Chechen Female Suicide Terrorists*, Tel Aviv: Tel Aviv University, Jaffee Center for Strategic Studies, August 2006, S. 63–80.

<sup>11</sup> »Každyj milicioner – specialist po vachhabizmu« [Jeder Milizionär – ein Spezialist für Wahhabismus], in: *Gazeta Juga, Načik*, 30.5.2002.

- ▶ die Nähe Afghanistans zu Zentralasien und seine langjährige Funktion als Aktions-, Rückzugs- und Ruheraum für Mujahedin;
- ▶ der Einfluss fundamentalistischer Bewegungen aus arabischen Ländern sowie aus Iran, der Türkei, Pakistan und anderen Teilen der islamischen Welt; spätestens seit Mitte der neunziger Jahre setzt man sich damit im GUS-Raum auseinander;
- ▶ die seit 1996 zu beobachtende Transformation des Tschetschenienkonflikts in einen Fall von Jihad und das Engagement ausländischer Mujahedin in ihm;<sup>15</sup>
- ▶ der Einfluss zentralasiatischer und kaukasischer Diasporagemeinden, die seit Jahrzehnten in anderen Teilen der islamischen Welt leben, auf die »islamische Wiedergeburt« in ihren Herkunftsländern seit Ende der achtziger Jahre;<sup>16</sup>
- ▶ die Präsenz teils aus Afghanistan, teils aus Usbekistan stammender Usbeken in Jihad-Gruppen, die gegenwärtig in Grenzgebieten zwischen Afghanistan und Pakistan agieren. Usbeken wurden im Zusammenhang mit der Organisation »Islamische Jihad-Union« genannt, vor der die CIA auch Deutschland warnt.

Die Vorstellung vom importierten Islamismus und von der Verbindung zwischen dem postsowjetischen Raum und transnationalen islamistischen Netzwerken ist nicht ganz aus der Luft gegriffen. Aber sie drängt wesentliche regionale und nationale politische, kulturelle und sozioökonomische Ursachen für Radikalisierung und Gewalt in den Hintergrund. Außerdem hat sie zu offenbar weit überzogenen Aussagen von Sicherheitsorganen geführt.<sup>17</sup> In Zentralasien behaupten die

Regierungen nachdrücklich, militanter Islamismus und Terrorismus habe fremde Ursprünge. Sie konstruieren eine Dichotomie zwischen einem authentischen, loyalen, apolitischen, korrekten einheimischen und einem extremistischen, destabilisierenden ausländischen Islam. So wird etwa die transnationale Verknüpfung der »Islamischen Bewegung Usbekistans« (IBU) mit ausländischen Netzwerken betont. Tatsächlich operierte diese Organisation 1999 und 2000 von Rückzugsbasen in Afghanistan und Tadschikistan aus und stand in Verbindung mit den Taliban. Nach ihrer militärischen Zerschlagung in Nordafghanistan im Oktober 2001 begaben sich ihre Kämpfer in die heutigen Rückzugsgebiete der Taliban, besonders in die Grenzgebiete Pakistans. Die Ursprünge der Organisation aber liegen in usbekischen islamistischen Gruppierungen des Ferganatales, die sich bereits 1991/92 gegen die Regierung unter Präsident Karimow stellten. Der »Ferganatal-Fundamentalismus« war Teil einer lokalen salafistischen Tradition, die schon in sowjetischer Zeit existierte.<sup>18</sup>

Die transnationale Dimension lässt sich insbesondere im Falle der Hizb ut-Tahrir beobachten, die als Kalifatsbewegung auch in Westeuropa in Erscheinung tritt. Sie ist ein ideales Studienobjekt für Netzwerkstrukturen. Mit ihrer konspirativen Organisation in pyramidenförmig angeordneten Zellen, die sich repressiven Umfeldbedingungen hervorragend anpassen können, lässt sie sich mit dem Revolutionsprofessionalismus der Bolschewiki vergleichen. In Zentralasien aber unterlag sie seit 1996 einem Prozess der Regionalisierung. Ursprünglich widmete sie sich mittelöstlichen Themen mit stark antijüdischen und antiwestlichen Akzenten. Später allerdings wandte sie sich stärker regionalen sozialen und politischen Belangen zu. Zu den regionalen Missständen, aus denen die Hizb Argumente für ihre abstruse Kalifatsideologie

<sup>15</sup> Zum arabischen Einfluss auf den Islam in Tschetschenien, im Nordkaukasus und im übrigen Russland siehe Konstantin Poljakov, »Vlijanie vnešnego faktora na radikalizaciju islama v Rossii« [Der externe Einfluss auf die Radikalisierung des Islams in Russland], in: *Islam na postsovetkom prostranstve: vzgljad iznutri* [Der Islam im postsowjetischen Raum: Eine Binnensicht], Moskau: Carnegie-Zentrum, 2001. Zur gegenwärtigen Bedeutung des arabischen Elements im tschetschenischen Widerstand siehe Lorenzo Vidino, »The Arab Foreign Fighters and the Sacralization of the Chechen Conflict«, in: *The Fletcher School Online Journal for Issues Related to South West Asia and Islamic Civilization*, Frühjahr 2006, <[http://fletcher.tufts.edu/al\\_naklah/archives/spring2006/vidino.pdf](http://fletcher.tufts.edu/al_naklah/archives/spring2006/vidino.pdf)>.

<sup>16</sup> Bayram Balci, »Uzbek and Uighur Communities in Saudi Arabia and Their Role in the Development of Wahhabism in Present-Day Central Asia«, in: Birgit N. Schlyter (Hg.), *Prospects for Democracy in Central Asia*, Istanbul: Swedish Research Institute in Istanbul, 2005 (Transactions, Bd. 15), S. 239–253.

<sup>17</sup> Laut einer Mitteilung des russischen Innenministeriums vom Sommer 2000 bestanden die militärischen Formationen,

auf die die russischen Streitkräfte in Tschetschenien trafen, nur noch aus wenigen Tschetschenen und mehrheitlich aus »ausländischen Söldnern« und internationalen Terroristen (*Nezavisimaja gazeta* [online], 9.8.2000).

<sup>18</sup> Zur Bedeutung des Ferganatales für die Ausbreitung islamistischer Bewegungen in Mittelasien siehe die Ausführungen des bekanntesten usbekischen Experten zu dem Thema: Bakhtiyar Babadzhanov, »The Ferghana Valley: Source or Victim of Islamic Fundamentalism?«, in: Lena Jonson/Murad Esenov (Hg.), *Political Islam and Conflicts in Russia and Central Asia*, Stockholm: Swedish Institute of International Affairs, 1999, S. 112–123; zu den historischen Wurzeln islamistischer Bewegungen in Zentralasien siehe Martha Brill Olcott, *Roots of Radical Islam in Central Asia*, Washington, Januar 2007 (Carnegie Papers Nr. 77).

bezieht, gehören Grenzprobleme, besonders im Ferganatal im Länderdreieck zwischen Usbekistan, Kirgistan und Tadschikistan. Der islamistische Angriff auf postsowjetische Nationalstaaten und deren Machtebenen findet in Kreisen der Bevölkerung Gehör, die unter rigiden grenz- und zollpolitischen Maßnahmen ihrer Regierungen und unter korrupten Grenzverwaltungen leiden. Eine Studie des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) von 2004 sah wichtige Gründe für eine islamistische Mobilisierung in Zentralasien insbesondere in den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Problemen von Grenzregionen, in denen ein »islamischer Integrationsismus« auf fruchtbaren Boden fällt.<sup>19</sup>

Am häufigsten wird die Transformation lokalen Widerstands in einen transnationalen islamistischen Kontext im Falle Tschetscheniens diskutiert. Die beiden Tschetschenienkriege seit 1994 waren von gewaltigen Propagandabemühungen auf allen Konfliktseiten und einem »cyber war« begleitet.<sup>20</sup> Dabei geht es um die Frage, inwieweit Kämpfer und Prediger aus arabischen und anderen islamischen Ländern zur islamistischen Transformation des tschetschenischen Separatismus beigetragen haben. In Tschetschenien übten arabische Kämpfer durchaus Einfluss auf den Konflikt aus. Der aus Saudi-Arabien stammende Emir Khattab und seine Nachfolger organisierten die Formierung ausländischer Mujahedin im tschetschenischen Widerstand. Außerdem flossen Finanzmittel aus verschiedenen Teilen der islamischen Welt. Eine gewisse Internationalisierung hat also die Konflikte im Nordkaukasus zweifellos begleitet. Sie erklärt aber in keiner Weise die Genese des Tschetschenienkonflikts, die weit über postsowjetische Dynamiken hinaus in die Geschichte zurückweist.<sup>21</sup> Herausragende Gewaltakteure auf tschetschenischer Seite wie Schamil

Bassajew wurden mit dem globalen Jihad identifiziert. In einem Interview kurz vor seinem Tod gab Bassajew zwar zu, eine terroristische Widerstandsstrategie zu vertreten. Zentrale Begründung für den bewaffneten Widerstand waren aber nicht religiöse Aspekte, sondern der »nationale Befreiungskampf«.<sup>22</sup>

Ein Hauptimpuls für die zum Jihad verklärte Gewalt im Nordkaukasus geht von lokalen Missständen aus und richtet sich nicht gegen einen »fernen Feind«, sondern gegen konkrete Kontrahenten in der Umgebung – zum Beispiel lokale Organe staatlicher Gewaltapparate in Kabardino-Balkarien und Dagestan. Sie hat auch die offizielle Geistlichkeit im Visier, die eng mit den staatlichen Behörden zusammenarbeitet. Umgekehrt neigen die Führer der traditionellen Glaubensgemeinschaften im postsowjetischen Raum dazu, Konkurrenten aus nichttraditionellen Bereichen der eigenen Konfession oder aus anderen Glaubensgemeinschaften zu Extremisten zu erklären: Die Zeugen Jehovas, die Krishna-Sekten, nichttraditionelle islamische Strömungen und andere offensive Missionsbemühungen aller möglichen Konfessionen, die seit dem Ende der Sowjetunion in das ideologische Vakuum des GUS-Raums vordrangen, haben zu dieser Haltung beigetragen.

<sup>19</sup> »The analysis of the interviews indicated that the main motivation for turning to political Islam was great disappointment with the policies of Central Asian leaders that hinder regional trade, transportation, and the transit of people and goods« (zitiert in: UNDP, *Bringing Down Barriers. Regional Cooperation for Human Development and Human Security*, 2005 [Central Asia Human Development Report 2005], S. 129).

<sup>20</sup> Scott Radnitz, »Look Who's Talking! Islamic Discourse in the Chechen Wars«, in: *Nationalities Papers*, 34 (Mai 2006) 2, S. 237–256. Zur Internetpräsenz der Konfliktparteien siehe Klaas Bähre, »Große und kleine Öffentlichkeiten. Internet und Tschetschenienkrieg«, in: *Zeitschrift für Weltgeschichte*, 3 (Herbst 2002) 2.

<sup>21</sup> Dazu zuletzt besonders Emil Souleimanov, *An Endless War: The Russian-Chechen Conflict in Perspective*, Frankfurt a.M. u.a.: Peter Lang Verlag, 2007, S. 276–287.

<sup>22</sup> Interview mit Andrej Babickij in: *Novaja Gazeta*, 4.8.2005.

## Terrorismusbekämpfung in Russland und im GUS-Raum

Im GUS-Raum wurden im Rahmen multilateraler Organisationen Antiterrorismuszentren etabliert. Dazu zählen die Organisation des Kollektiven Sicherheitsvertrags (engl. *Collective Security Treaty Organization*, CSTO, russ. Abkürzung ODKB) und die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (*Shanghai Cooperation Organisation*, SCO), in der Russland, China und zentralasiatische Staaten kooperieren. Für die SCO ist die in Taschkent residierende Regionale Antiterrorstruktur (RATS) mit einem Stab aus 30 Beamten die zweite feste Institution nach dem Sekretariat in Peking. Das Schlagwort Terrorismusbekämpfung lieferte eine wesentliche Begründung für militärische Kooperation zwischen GUS-Staaten – von Manövern in Zentralasien bis zu verstärktem Flottenbau am Kaspischen und Schwarzen Meer. Die Effektivität der zwischenstaatlichen Kooperation und die Ressourcenausstattung der Antiterrorstrukturen bleiben allerdings fraglich. Außerdem erfolgt die Zusammenarbeit nicht durchgängig multilateral.<sup>23</sup> So finden Antiterrorismusmanöver im Rahmen der SCO statt, an denen sich jeweils nur einige der Mitglieder beteiligen oder die auf bilateraler Basis abgehalten werden. Gleichzeitig schickt sich die Organisation 2007 an, Staaten mit Beobachterstatus (Mongolei, Iran, Indien, Pakistan) an ihren Antiterrorismusprojekten zu beteiligen.<sup>24</sup> Im August 2007 wurde die bisher größte Antiterrorismusübung der SCO mit 6500 Soldaten – erstmals aus allen Mitgliedstaaten – in der Wolga-Ural-Region und in Xinjiang durchgeführt.<sup>25</sup>

Auch nach der Schließung der amerikanischen Luftwaffenbasis in Usbekistan 2005 bleibt Terrorbekämpfung eine Legitimation für westliche Militärpräsenz in der Region, besonders im Zusammenhang

mit dem internationalen Einsatz in Afghanistan. So besteht weiterhin eine US-Flugbasis in Kirgistan, die in dem Land allerdings zunehmend umstritten ist.<sup>26</sup> Französische Soldaten sind in Tadschikistan stationiert, deutsche weiterhin im Süden Usbekistans (Termez). Das Thema bestimmt die internationale Politik im postsowjetischen Zentralasien, obwohl diese Region gemessen an der Zahl bisheriger Anschläge kaum als Brennpunkt terroristischer Aktivität gelten kann.<sup>27</sup> Dagegen ist der von Gewalt stärker geplagte und Europa nähere Nordkaukasus für internationale Politik kaum zugänglich.

Auf der sicherheitspolitischen Agenda der SCO steht die Bekämpfung der »drei üblen Kräfte« ganz oben:

- ▶ *Separatismus*. Moskau meint damit vor allem Tschechien, Peking den »uigurischen Faktor« und Sicherheitsprobleme in der Provinz Xinjiang; dabei wird die separatistische Gefahr auf das postsowjetische Zentralasien übertragen, obwohl diese Region von ausgesprochenen Sezessionskonflikten kaum betroffen ist;
- ▶ *Extremismus*, der überwiegend mit militantem Islamismus in Verbindung gebracht wird;
- ▶ *Terrorismus*.

Diese drei Kräfte gehen nahtlos ineinander über. Die Regierungen der SCO-Staaten subsumieren verschiedene Tendenzen unter einen weitläufigen Terrorismusbegriff: nationalistisch-separatistische Bestre-

23 Gudrun Wacker, »Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit: Wider die ›drei üblen Kräfte‹ von Terrorismus, Separatismus und Extremismus«, in: Ulrich Schneekener (Hg.), *Chancen und Grenzen multilateraler Terrorismusbekämpfung*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juni 2007 (SWP-Studie 14/07), S. 75–85.

24 *Interfax*, 16.2.2007.

25 John C. K. Daly, »SCO to Host ›Peace Mission 2007‹. Anti-Terrorist Drill in August«, in: *Jamestown Eurasia Daily Monitor*, 4 (27.7.2007) 146, <[www.jamestown.org/edm/article.php?article\\_id=2372326](http://www.jamestown.org/edm/article.php?article_id=2372326)>.

26 John C. K. Daly, »Kyrgyzstan's Manas Airbase: A Key Asset in the War on Terrorism«, in: *Jamestown Terrorism Monitor*, 5 (18.1.2007) 1, <[www.jamestown.org/terrorism/news/article.php?articleid=2370237](http://www.jamestown.org/terrorism/news/article.php?articleid=2370237)>; Erica Marat, »Kyrgyz Officials, Citizens Oppose U.S. Base«, in: *Jamestown Eurasia Daily Monitor*, 4 (24.5.2007) 102, <[www.jamestown.org/edm/article.php?article\\_id=2372186](http://www.jamestown.org/edm/article.php?article_id=2372186)>; Roger McDermott, »Manas Agreement under Review«, in: *Jamestown Eurasia Daily Monitor*, 4 (30.5.2007) 105, <[www.jamestown.org/edm/article.php?article\\_id=2372196](http://www.jamestown.org/edm/article.php?article_id=2372196)>.

27 Die Datenbank »Terrorism Knowledge Base« erfasst weltweit seit 1968 registrierte »terrorist incidents«. Ost- und Zentralasien zusammengenommen (ohne Afghanistan) rangiert mit 242 »incidents« weit hinter dem Mittleren Osten (13 196), Westeuropa, Südasien, Osteuropa, Afrika und anderen Regionen. Allerdings setzte die Erfassung im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion erst in den 1990er Jahren ein. Im Falle Zentralasiens wurden terroristische Aktivitäten der letzten zehn Jahre aufgeführt, <[www.tkb.org/IncidentRegionModule.jsp](http://www.tkb.org/IncidentRegionModule.jsp)>.

bungen von Uiguren und Tschetschenen, die religiös-politische Infragestellung bestehender Machtstrukturen und nationalstaatlicher Ordnung in Zentralasien durch eine Bewegung wie Hizb ut-Tahrir und die Gewalt von Bombenlegern und Selbstmordattentätern.

In der Wahrnehmung von außen gilt für diese Entwicklung der 11. September 2001 als Ausgangspunkt. Doch hier sind frühere Zäsuren anzusetzen – spätestens 1999: mit militärischen Aktionen der IBU im südlichen Teil Zentralasiens, dem Übergriff islamistischer Akteure aus der »Tschetschenischen Republik Itscherien« auf Dagestan, Bombenanschlägen auf Wohnhäuser in Moskau und Wolgodonsk und dem Beginn des zweiten Tschetschenienkriegs, den der Kreml – im Unterschied zum ersten Krieg (1994–96) – als »Kampf gegen den internationalen Terrorismus« begründet.

In Russland festigte sich in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre die Wahrnehmung eines islamistisch-terroristischen Krisenbogens, der von Südostasien bis zum Balkan reicht und sich zunehmend in den postsowjetischen Raum erstreckt. Neben dem von den Taliban beherrschten Afghanistan bildete aus Sicht der Russischen Föderation vor allem die eigene kaukasische Peripherie das Einfallstor für den Jihad in den GUS-Raum. Bis Mitte der 1990er Jahre wurden tschetschenischer Widerstand und Gewalt von nichtstaatlichen Akteuren im Nordkaukasus als »Banditismus« bezeichnet. Dies ist eine geradezu klassische Formulierung, denn mit ihr stempelten russische Kommentatoren bereits seit dem 19. Jahrhundert »kaukasische Widerspenstigkeit« ab. Mit Beginn des zweiten Kriegs brachte der Kreml tschetschenische Rebellen dann pauschal mit al-Qaida in Verbindung, um das erneute, von massiven Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnete militärische Vorgehen als Kampf gegen den globalen Terrorismus zu rechtfertigen.

Im Umfeld des zweiten Tschetschenienkriegs wurde Russland besonders zwischen 2002 und 2004 von spektakulären Terroranschlägen erschüttert, die sich gegen »weiche Ziele«, also die Zivilbevölkerung richteten und damit ein wesentliches Kriterium für Terrorismus erfüllten. In dieser Zeit verfolgten tschetschenische Kommandos unter Schamil Bassajew eine terroristische Strategie, die sich für sie allerdings politisch als Fehlschlag erwies. Die Umsetzung der Strategie begann mit der Geiselnahme im Moskauer Musiktheater an der Dubrowka im Oktober 2002 und erreichte ihren Höhepunkt mit dem Überfall auf eine Schule in Beslan im September 2004, bei dem 332 Tote, davon mehr als die Hälfte Kinder, zu beklagen waren. Die größte Verdichtung von Terroranschlägen

mit rund 500 Todesopfern fiel in die kurze Zeitspanne von August bis September 2004.

2006 wurden erstmals keine damit vergleichbaren Terroraktionen verzeichnet. In Relation zum Jahr 2004 sank laut Berichten Dmitrij Kosaks, des Repräsentanten Präsident Putins im Südlichen Föderalbezirk, die Zahl terroristischer Anschläge erheblich.

Dass die Terrorismusgefahr weiterbesteht, zeigte sich zuletzt bei einem Sprengstoffanschlag auf den Nevskij-Express am 14. August 2007 in der Region Nowgorod, dessen Hintergründe noch zu klären sind.

Die Liquidierung Schamil Bassajews im Juli 2006 galt Russland als wichtigster Etappensieg im »Krieg gegen den Terrorismus«, hatte doch der berühmteste kaukasische Kriegsherr für die größten Terroraktionen die Verantwortung übernommen und ein Netz militanter Zellen über Tschetschenien hinaus geknüpft. Doch Vertreter russischer Sicherheitsorgane warnten vor voreiligen Siegesmeldungen.<sup>28</sup> Nach Anschlägen in Naltschik (Kabardino-Balkarien) im Oktober 2005 äußerte sich der Vorsitzende des Veteranenverbands einer Sondereinheit für Terrorbekämpfung zum Zustand der staatlichen Organe in der Region: »Ich kann nicht eine einzige Republik im Nordkaukasus nennen, in der die Sicherheits- und Rechtsschutzsysteme funktionieren. Überall nur gewaltige Korruption. Es ist lächerlich, unter solchen Bedingungen von moderner Terrorismusbekämpfung zu sprechen.«<sup>29</sup> Wie wenig Sicherheitskräfte im postsowjetischen Raum mit Herausforderungen wie terroristischen Geiselnahmen zurechtkommen, zeigte sich bei dem Massaker in der Schule von Beslan. Heute ist die offizielle russische Version, wonach die Feuergefechte von Explosionen in der Schule ausgelöst wurden, weitgehend in Frage gestellt. Offensichtlich haben Sicherheitskräfte die Gefechte eröffnet und tragen somit erhebliche Verantwortung für den Ausgang der Geiselnahme, der für 332 Menschen tödlich endete.

Terroranschläge in Russland richteten sich bislang gegen »harte« (staatliche Gewaltstrukturen) und »weiche Ziele« (Zivilbevölkerung). Dagegen erfolgten relativ wenig Anschläge auf strategische Objekte der Infrastruktur, also etwa Öl- und Gaspipelines aus dem kaspischen Raum. Anfang 2006 unterbrach ein Atten-

<sup>28</sup> Pavel Baev, *Has Russia Achieved a Victory in Its War against Terror?*, Oslo: International Peace Research Institute, Dezember 2006 (PONARS Policy Memo Nr. 415).

<sup>29</sup> Zitiert in »... As Experts Consider Raids to Be Political and Intelligence Failure«, in: *Radio Free Europe/Radio Liberty Newslines*, 14.10.2005, <[www.rferl.org/newslines/2005/10/1-RUS/rus-141005.asp](http://www.rferl.org/newslines/2005/10/1-RUS/rus-141005.asp)>.

tat vorübergehend die Gaszufuhr nach Georgien. Seine Urheberschaft ist umstritten. Bis heute halten sich Gerüchte, der russische Geheimdienst sei dafür verantwortlich und habe damit Georgien einschüchtern wollen. Strategische Objekte wie die Pipeline von Baku nach Ceyhan blieben bislang verschont,<sup>30</sup> ebenso die touristische Infrastruktur (russische Schwarzmeerküste, in Zentralasien Samarkand und Buchara), die in anderen Regionen und Ländern als Ziel von Terroranschlägen bevorzugt wird. Der Inlandsgeheimdienst FSB beobachtet verstärkt »strategische Wirtschaftsobjekte« wie Wasserkraftwerke. Laut FSB-Chef Patruschew planen »bewaffnete Kräfte« Sabotageakte gegen solche Objekte.<sup>31</sup> Vor allem bringt Russland den Terrorismus mit dem internationalen Schmuggel radioaktiven Materials in Verbindung. Tatsächlich wurden im postsowjetischen Raum bereits größere Mengen geschmuggelten Nuklearmaterials sichergestellt.<sup>32</sup>

Mit dem zweiten Tschetschenienkrieg und dem Amtsantritt Präsident Putins wurde die Terrorismusbekämpfung zum Topthema russischer Außenpolitik. Dies gilt vor allem für die Kooperation mit den USA nach dem 11. September 2001, die um das Thema »war on terrorism« kreist. Sie hat 2002 die Gründung des Nato-Russland-Rats maßgeblich bestimmt. Russland wurde aktives Mitglied im *Counter-Terrorism Committee* des UN-Sicherheitsrats. Es forderte nachdrücklich, die internationale Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung zu koordinieren. Außerdem machte es sich dafür stark, regionale Konflikte zu regeln, in denen Terroristen religiöse, ethnische und soziale Kon-

fliktpotentiale nutzten.<sup>33</sup> Verteidigungsminister Iwanow regte gar eine Umbenennung der Nato in »New Anti-Terrorist Organisation« an.<sup>34</sup> Russische Politiker unterstützten die Militärintervention in Afghanistan und interpretierten die Einrichtung westlicher Militärbasen im postsowjetischen Zentralasien zunächst als Sicherheitsgewinn für den GUS-Raum (»Besser Amerikaner in Usbekistan als Taliban in Tatarstan«). Dies unterlag einer wesentlichen Einschränkung: »solange sie (i.e. die amerikanische Militärpräsenz in Zentralasien) den Kampf gegen den Terrorismus zum Ziel hat und vorübergehend und nicht dauerhaft ist.«<sup>35</sup> Seit 2002 war Russland bestrebt, westliche militärische Positionen in Zentralasien zu begrenzen und seinen eigenen militärisch-politischen Einfluss in der Region wieder auszubauen.

Russland betonte gegenüber der Staatengemeinschaft, es sei lange vor dem 11. September 2001 selbst zum Opfer des internationalen Terrorismus geworden und habe reichlich Erfahrung im Kampf gegen diese Bedrohung gesammelt. Kritik an seinem – erneut mit massiver Gewalt gegen die Zivilbevölkerung verbundenen – Krieg in Tschetschenien wies der Kreml nun kategorisch als Ausdruck »doppelten Standards« zurück. Dieses Argument wurde zur zentralen rhetorischen Figur im russischen Diskurs über den Terrorismus und seine Bekämpfung.<sup>36</sup>

Damit geht die russische Forderung nach einer weltweit gültigen Terrorismusdefinition einher. An einer Differenzierung zwischen unterschiedlichen Formen und Motivationen von Gewalt ist dem Kreml allerdings kaum gelegen. Eine trennscharfe Unterscheidung zwischen separatistischen, islamistischen und terroristischen Kräften, zwischen konfliktbezogener regionaler Gewalt (*terrorism of conflicts*) und einem »Mega-Terrorismus« à la al-Qaida (*global mass-casualty terrorism, high impact terrorism*)<sup>37</sup> führt aus russischer

30 Generell zur überschätzten Bedeutung von Pipeline-Terrorismus siehe Pavel Baev, »Reevaluating the Risks of Terrorist Attacks against Energy Infrastructure in Eurasia«, in: *The China and Eurasia Forum Quarterly*, 4 (Mai 2006) 2, S. 33–39.

31 C. W. Blandy, *Chechnya. Continued Violence*, Swindon: Defence Academy of the United Kingdom, Conflict Studies Research Centre, Dezember 2006 (Caucasus Series 06/54), S. 5.

32 Im angespannten russisch-georgischen Verhältnis kam Anfang 2007 ein neuer Streitpunkt auf: georgische Hinweise auf Uransmuggel über Abchasien und Südossetien. Für Georgien ist dies ein weiterer Beleg dafür, dass die »eingefrorenen Konflikte« (*frozen conflicts*) »schwarze Löcher von Ordnungslosigkeit« konservieren. Die russische Seite tat die Informationen als PR-Kampagne ab: Georgien wolle nur die Reintegration seiner abtrünnigen Gebiete vorantreiben (Molly Corso, »Georgia's Uranium Scandal: A PR Campaign for Reunification?«, in: *Eurasianet, Eurasia Insight*, 30.1.2007, <[www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav013007.shtml](http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav013007.shtml)>). Zum Nuklearschmuggel im GUS-Raum siehe Rensselaer W. Lee, *Smuggling Armageddon: The Nuclear Black Market in the Former Soviet Union and Europe*, New York: St. Martin's Press, 1999.

33 Siehe hierzu Ingmar Oldberg, *The War on Terrorism in Russian Foreign Policy*, Stockholm, Dezember 2006 (Swedish Defence Research Analysis).

34 Ekaterina Kuznetsova, »NATO: New Anti-terrorist Organisation«, in: *International Affairs*, 80 (Mai 2004) 3, S. 26; Oldberg, *The War on Terrorism in Russian Foreign Policy* [wie Fn. 33], S. 30.

35 Präsident Putin im Telefongespräch mit Präsident Bush am 22. September 2001, zitiert von Anita Sengupta, »9/11 and the Heartland Debate in Central Asia«, in: *Central Asia and the Caucasus*, 4 (2005) 32, S. 39.

36 Dazu Gregory Simons, *The Use of Rhetoric and the Mass Media in Russia's War on Terror*, Uppsala: Department of Eurasian Studies, Januar 2006 (Uppsala University Working Papers Nr. 98).

37 Zu dieser Unterscheidung siehe besonders Stepanova, *Anti-terrorism and Peace-building* [wie Fn. 1], S. 4.

Sicht zu »doppeltem Standard« und damit zur Schwächung der globalen Koalition gegen den Terrorismus.

Ein weiteres rhetorisches Element besteht darin, den modernen transnationalen Terrorismus mit historischen Vorläufern für gewaltförmige globale Bedrohungen in Beziehung zu setzen. In einer Rede anlässlich der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz im Januar 2005 verglich Präsident Putin den modernen Terrorismus mit dem Völkermord durch den Nationalsozialismus und die internationale Koalition gegen ihn mit der Anti-Hitler-Koalition im Zweiten Weltkrieg.<sup>38</sup>

Bei anderer Gelegenheit warnte Putin vor einer europäischen Tradition des *Appeasement* gegenüber Extremisten. In diesem Kontext wies der Kreml kategorisch jede Kritik an seinem Vorgehen in Tschetschenien zurück und verbat sich jegliche Unterscheidung zwischen »gemäßigten« und »militanten«, »nationalistischen« und »islamistischen« Akteuren auf der Seite des tschetschenischen Widerstands.<sup>39</sup> Im Europarat, der sich auch weiterhin zu den schweren Menschenrechtsverletzungen durch russische Truppen in Tschetschenien äußerte, unterzeichnete Russland im November 2005 die Europäische Konvention zur Bekämpfung des Terrorismus, in der die strukturellen gesellschaftlichen Dimensionen von Maßnahmen gegen den Terrorismus (Bildung, Medien, Kultur, Zivilgesellschaft) herausgestellt werden.<sup>40</sup> In seinem seit 2004 immer kritischer werdenden Verhältnis zur OSZE nutzt Russland dagegen das Thema, um stärker auf die politisch-militärische Dimension einer Kooperation zu pochen, im Gegensatz zur »menschlichen Dimension«. Moskau fordert hier im Einklang mit zentralasiatischen Staaten, dass man sich stärker auf die Bekämpfung des Terrorismus und anderer Sicherheitsrisiken im postsowjetischen Raum konzentriert, statt Wahlbeobachtung und Demokratieförderung zu viel Bedeutung beizumessen.<sup>41</sup>

Insgesamt vertritt Russland im internationalen Diskurs über Antiterrorismus folgende Positionen:

- ▶ Stärkung der internationalen Rechtsgrundlagen für die Terrorismusbekämpfung;

- ▶ Konsolidierung der Antiterrorkoalition auf Basis der UN-Charta;
- ▶ Präventionsinitiativen gegen Nuklearterrorismus;
- ▶ Präventionsmaßnahmen gegen strukturelle Ursachen des Terrorismus;
- ▶ Aufmerksamkeit für die »Symbiose zwischen Terrorismus und Separatismus«.<sup>42</sup>

Die Hervorhebung des Separatismus hängt mit der Rolle zusammen, die Sezessionskonflikte innerhalb des postsowjetischen Raums in der russischen Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik spielen. Auf diesem Feld allerdings verstrickt sich die russische Politik in Widersprüche. Einerseits geht Russland gegen die eigene separatistische Herausforderung in Tschetschenien extrem gewalttätig vor. Auf der anderen Seite unterstützt es Sezessionsregime in Transnistrien, Abchasien und Südossetien. Die generelle Gleichsetzung von Separatismus mit Extremismus und Terrorismus, zu der Russland und China neigen, stellt die russische Politik gegenüber den »eingefrorenen Konflikten« (*frozen conflicts*) erheblich in Frage.<sup>43</sup>

Die Parole des Antiterrorismus verlieh der russischen Politik im GUS-Raum neue Impulse. Das Thema half, regionale Organisationen wiederzubeleben, deren Integrationsdynamik erlahmt war. Die terroristischen Anschläge seit 1999 trugen maßgeblich dazu bei, einen Vertrag über die Zusammenarbeit der GUS-Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus zu unterzeichnen. In der Folge richtete man ein Antiterrorismuszentrum der GUS in Minsk ein. Auch auf sub- und transregionaler Ebene lieferte die Parole Integrationsimpulse – für Organisationen wie die bereits erwähnten SCO und CSTO. CSTO-Offizielle favorisieren seit 2003 eine interregionale Kooperation mit der Nato bei der Bekämpfung des Terrorismus und der Drogenökonomie. Die russische Regierung unterstützt solche Vorschläge.<sup>44</sup> Im CSTO-Rahmen wurden in den letzten Jahren bi- und multilaterale militärische Manöver unter dem Rubrum der Terrorismusbekämpfung abgehalten.<sup>45</sup> Das Übungsszenario für ein Manöver im

38 »No Double Standards in Fighting Terrorism, Putin Says in Auschwitz«, *Interfax*, 27.1.2005.

39 Siehe dazu Oldberg, *The War on Terrorism in Russian Foreign Policy* [wie Fn. 33], S. 23–27.

40 »Russia Signs European Convention on Terrorism«, *RIA Novosti*, 15.9.2005.

41 Richard Weitz, »Russia and the United States Wrestle for Control of the OSCE Agenda«, in: *Eurasianet, Eurasia Insight*, 8.1.2007, <[www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav010807a.shtml](http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav010807a.shtml)>.

42 Mikhail A. Konarovsky, »Central Asia and the War against Terrorism: A View from Russia«, in: Davis/Azizian, *Islam, Oil, and Geopolitics* [wie Fn. 7], S. 13–27 (24–25).

43 Siehe dazu Geir Flikke/Jakub Godzimirski, *Words and Deeds. Russian Foreign Policy and Post-Soviet Secessionist Conflicts*, Oslo: Norwegian Institute of International Affairs, 2006 (Paper 711).

44 Richard Weitz, »Terrorism in Eurasia. Enhancing the Multilateral Response«, in: *The China and Eurasia Forum Quarterly*, (Mai 2006), Sonderheft: *Terrorism*, S. 9–17 (12).

45 Aziz Soltobaev, »Collective Security Exercises in Central Asia: Wrong Medicine?«, in: *Central Asia-Caucasus Analyst*, 19.5.2004, <[www.cacianalyst.org/files/20040519Analyst.pdf](http://www.cacianalyst.org/files/20040519Analyst.pdf)>.



August 2006 bestand in einem massiven terroristischen Angriff gegen die Regierung eines Mitgliedslandes der Organisation bei opportunistischem Verhalten anderer Staaten. Beteiligt waren die »Roten« (CSTO-Staaten), die »Blauen« (bewaffnete Terroristenverbände, die ein Kalifat in Zentralasien errichten wollen) und die »Braunen« (Staaten, die diese Situation ausnutzen, um ihren Einfluss in der Region zu erweitern). Die Übung mit 2500 Soldaten aus Russland, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan bezog erstmals alle Waffengattungen und alle Kommando- und Kontrollkomponenten der CSTO ein.<sup>46</sup> Hier wird deutlich, wie sehr in den Sicherheitspolitiken Russlands und der zentralasiatischen Staaten Terrorismusabwehr mit der militärischen Bekämpfung externer Bedrohungen gleichgesetzt wird. Zu den »Opportunisten« im Lager der »Braunen« zählen russische Militärs gerne auch westliche Akteure in Zentralasien.

Auch in den bilateralen Beziehungen Russlands zu Nachbarn im GUS-Raum spielt das Thema eine Rolle – im kooperativen wie auch im konfrontativen Sinne. Am prominentesten war dies in der russischen Politik gegenüber Georgien der Fall. 2001/2002 stellte sich Russland als Opfer terroristischer Aktivitäten dar, die von Georgien ausgingen, konkret vom Pankisi-Tal, das der georgische Staat nicht mehr unter Kontrolle habe. In diesem Grenzgebiet zu Tschetschenien mischten sich neben Flüchtlingen aus Tschetschenien angeblich auch Kombattanten und ausländische Mujahedin unter die lokale tschetschenisch-stämmige Bevölkerung. Dies nahm Moskau zum Anlass, nach US-Vorbild ein Recht auf Präventivschläge im Ausland zu beanspruchen, wenn sich dort Ruhe- und Rückzugsräume für Terroristen bildeten. Damals fielen bereits russische Bomben auf georgisches Territorium.

Unter ganz anderen Vorzeichen nahm der Kreml das Terrorismusthema in seinem Konflikt mit Tiflis wieder auf. Ende September 2006 waren russische Offiziere dort wegen Spionageverdachts verhaftet worden. In Russland wurde dieses von der georgischen Seite theatralisch inszenierte Vorgehen als »Staatsterrorismus« eingestuft: »Deshalb sind alle Maßnahmen, die die russische Gesetzgebung im Kampf gegen Terrorismus vorsieht, auch gegen Georgien anwendbar«, drohte der Vorsitzende der Staatsduma.<sup>47</sup>

<sup>46</sup> Richard Weitz, »The CSTO Deepens Military Ties«, in: *Central Asia-Caucasus Analyst*, 18.10.2006, S. 3–5, <[www.cacianalyst.org/files/20061018Analyst.pdf](http://www.cacianalyst.org/files/20061018Analyst.pdf)>.

<sup>47</sup> Alexei Makartsev, »Putin gibt Lizenz zum Töten«, in: *Rheinische Post*, 5.7.2006.

Die Zusammenarbeit Russlands und anderer GUS-Staaten mit westlichen Partnern im »war on terrorism« ist von außenpolitischen Konstellationen und Konjunkturen abhängig. In der diplomatischen Krise mit London im Sommer 2007 kündigte Moskau die Zusammenarbeit mit den Briten in diesem Handlungsfeld auf. Ähnlich verhielt sich Usbekistan 2005, als es sich in der Andischan-Krise durch die Kritik der USA und anderer westlicher Partner bedrängt sah.

## Operative und strukturelle Elemente von Terrorismusbekämpfung

»War on terrorism« wird in den hier behandelten Staaten wörtlich verstanden und mit militärischen Mitteln betrieben. Damit steht man dem amerikanischen Verständnis von Terrorbekämpfung näher als dem europäischen.<sup>48</sup> Zwar betonen die Staatsführer Russlands und Zentralasiens auf internationaler Bühne, Terrorismusabwehr dürfe sich nicht auf militärische, polizeiliche und strafrechtliche Maßnahmen beschränken.<sup>49</sup> In der Praxis jedoch nimmt die operative Dimension des Antiterrorismus weit mehr Raum ein als die strukturelle, zivile Dimension. In den bereits erwähnten Antiterrorismusmanövern werden klassische Waffengattungen aufgeföhren. Im Nordkaukasus behandelt Russland Terroristen als Kriegsgegner.<sup>50</sup> Zuletzt organisierte es im Juli 2007 an der Grenze zu Georgien ein

<sup>48</sup> Zu westlichen Antiterrorismus-Politiken siehe Thorsten Benner/Stefanie Flechtner (Hg.), *Demokratien und Terrorismus. Fallstudien USA, Spanien, Niederlande und Großbritannien*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung (Internationale Politikanalyse), Januar 2007, <<http://library.fes.de/pdf-files/id/04254.pdf>>.

<sup>49</sup> So warnte Präsident Nasarbajew davor, strukturelle Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung gegenüber den operativen zu vernachlässigen. Bei einer Sitzung des Komitees für Terrorismusbekämpfung beim UN-Sicherheitsrat, die im Januar 2005 in Almaty stattfand, rief er dazu auf, an die Wurzeln des Problems heranzugehen. Dabei nannte er Faktoren wie Menschenrechtsverletzungen, Armut und Umweltprobleme, ungleich verlaufende Globalisierungsprozesse sowie die wachsende Kluft zwischen armen und reichen Nationen als Ursachen (Ministry of Foreign Affairs of Kazakhstan, <[www.mfa.kz](http://www.mfa.kz)>, 27.1.2006).

<sup>50</sup> Am 2. November 2006 fand in Rostow am Don ein militärwissenschaftliches Seminar mit dem Titel »Die Truppennutzung bei der Bekämpfung des Terrorismus« unter Leitung des Oberkommandierenden des Nordkaukasischen Militärbezirks statt. Mehr als 300 Generäle und hohe Offiziere des Verteidigungsministeriums, der Truppen des Innenministeriums, des FSB und anderer Organe staatlicher Gewalt nahmen teil (*Nezavisimoe voennoe obozrenie*, 10.11.2006, S. 1–6).

Antiterrorismus-Militärmanöver unter der Bezeichnung »Kaukasusfront« mit 6000 Soldaten, 250 Panzern und 30 Militärflugzeugen.<sup>51</sup> Der »Kampf gegen den internationalen Terrorismus«, zu dem die zweite Militärkampagne in Tschetschenien deklariert wurde, war zumindest in seiner Anfangsphase 1999–2000 Krieg im massivsten Sinne des Wortes. Abermals wurde die Hauptstadt Grosny in Schutt und Asche gelegt, wurde die Zivilbevölkerung bombardiert und mit Artillerie beschossen, also Krieg in großem Maßstab gegen einen Teil der eigenen Bevölkerung und des eigenen Staatsterritoriums geführt. In der Phase danach, der Periode der »Säuberungen« (*zastki*) durch russische Truppen und Kadyrow-Milizen und der Gewalt tschetschenischer Guerilla, mutierte der »Krieg gegen Terrorismus« in Tschetschenien zum Staatsterrorismus.

In einigen der hier behandelten Länder kam dabei aber zumindest ein Diskurs über die zivile Dimension des Antiterrorismus in Gang. So kritisiert Dosym Satpajew, Direktor einer kasachischen »Risk Assessment Group«, das herrschende System der Terrorismusbekämpfung in seinem Land und in der Region als ineffizient: Es beteilige die Gesellschaft zu wenig an den notwendigen Anstrengungen und sei als rein staatlich-militärisches Projekt angelegt.<sup>52</sup> Analysen kirgisischer und kasachischer Autoren warnen, ein bloß auf Gewaltmittel beschränktes Vorgehen werde sich als kontraproduktiv erweisen.<sup>53</sup>

Wenn es um zivile Dimensionen des Antiterrorismus geht, stellt sich die Frage nach der Rolle der Medien, die in einer Region wie Zentralasien weitgehend staatlich gelenkt sind. Hier werden drei gravierende Defizite beklagt: Die Medien beteiligen sich erstens am »Kampf gegen Wahhabiten«, bei dem zwischen Extre-

misten und besonders frommen Muslimen aber kaum unterschieden wird. Sie versäumen es zweitens, die Ideologie islamistischer Demagogen gründlich zu analysieren und zu entzaubern und so deren Anziehungskraft auf junge Leute zu schwächen. Drittens setzen sie sich nicht mit der Unzufriedenheit auseinander, die Menschen in den Extremismus treibt, und ignorieren damit die marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen.<sup>54</sup> Mit dem »war on terrorism« ist der schon zuvor vom Staat massiv eingeschränkte Spielraum für freie Berichterstattung noch enger geworden.

In Russland wurden nach dem Terroranschlag von Beslan vom September 2004 die strukturellen Aspekte der Terrorismusbekämpfung stärker betont als zuvor. Dieser Wandel hat einen Namen: Dmitrij Kosak. Putins Sonderbeauftragter für den Nordkaukasus hielt dem Kreml in Berichten über Dagestan und andere Teile dieser Region die in politischer, sozioökonomischer, interethnischer und administrativer Hinsicht prekäre Situation am Südrand der Russischen Föderation eindringlich vor Augen. Das Kosak-Büro beschrieb die politischen Eliten des Nordkaukasus als »geschlossene Verbände«, als durch Verwandtschaftsbande fest verzurte korrupte Netzwerke, die für militante Appelle an »islamische Gerechtigkeit« ideale Angriffsflächen bieten. Neubesetzungen an der Spitze der Republiken Dagestan, Nordossetien, Kabardino-Balkarien und zuletzt Adygien sollten kaderpolitische Voraussetzungen für einen dringend notwendigen Wandel schaffen. Der neue dagestanische Präsident Muchu Alijew nannte die Bekämpfung von Korruption und Brutalität in den lokalen Sicherheitsapparaten eine Hauptaufgabe des Antiterrorismus.<sup>55</sup> Auch der neue Präsident Kabardino-Balkariens, Arsen Kanokow, sprach sich für grundlegende Strukturmaßnahmen zur Überwindung von Gewalt aus. Dass es Kosak aber wirklich gelingen kann, das politische Klansystem im Nordkaukasus aufzubrechen und nachhaltig für bessere Regierungsführung zu sorgen, ist äußerst frag-

51 »North Caucasus Exercise to »Influence Situation« in South Ossetia – Russian TV«, *BBC Monitoring Former Soviet Union*, 8.7.2007.

52 »Leider fehlt Kasachstan ein voll entwickeltes System des Antiterrorismus, das aus wechselseitigen Initiativen von Staat und Gesellschaft bestehen sollte.« (Zitiert bei Roger McDermott, »Kazakhstan's Future Counter-Terrorist Agenda«, in: *Jamestown Eurasia Daily Monitor*, 1 [28.10.2004] 115, <[www.jamestown.org/edm/article.php?article\\_id=2368757](http://www.jamestown.org/edm/article.php?article_id=2368757)>.)

53 »Die weltweite Erfahrung mit der Bekämpfung des religiösen Extremismus zeigt, dass Maßnahmen strafrechtlichen Charakters, zu denen Staaten in diesem Zusammenhang traditionell greifen, kaum effektiv sind. Verhaftungswellen und Repressionen vergrößern nur die Zahl der Anhänger von Hizb ut-Tahrir, verschaffen ihr die Aureole des Märtyrertums und verstärken so den »demonstrativen Effekt« ihrer Tätigkeit.« (Eržan Omarov, *Islamskaja al'ternativa svetskomu Kyrgyzstanu* [Die islamische Alternative zum säkularen Kirgistan], 9.8.2006, <[www.apn.kz/publications/print5728.htm](http://www.apn.kz/publications/print5728.htm)>.)

54 International Media Support, *Project Component Document Central Asia*, Kopenhagen, Juni 2006, S. 11–15.

55 »Allein mit Spezialoperationen ist dem Problem des Extremismus in der Republik nicht beizukommen. Hier müssen Arbeitsplätze geschaffen, muss Arbeitslosigkeit reduziert werden. Die Zahl der jungen Leute, die zum Religionsstudium ins arabische Ausland gehen, muss gesenkt werden« (Alijew, zitiert bei John B. Dunlop, *The Future of the North Caucasus*, Conference Transcript, Panel I: The Current Situation in the North Caucasus, Jamestown Foundation, 14.9.2006, S. 16, <[www.jamestown.org/docs/NC-Transcript-Panel-I.pdf](http://www.jamestown.org/docs/NC-Transcript-Panel-I.pdf)>).

lich – nicht zuletzt weil Putins Tschetschenienpolitik ganz und gar auf einen einzigen Klan setzt.

## Religiöse Aufklärung

Die strukturelle Ebene der Terrorismusbekämpfung betrifft Themen wie die Verbesserung der Lebensbedingungen insbesondere der jungen Bevölkerungsgruppen Zentralasiens und des Kaukasus, bessere Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung vor allem in den Rechtsschutz- und Sicherheitsorganen. Ein Thema, über dessen Relevanz sich die Regierungen von Russland bis Kirgistan weitgehend einig sind, soll hier näher behandelt werden: die Verbesserung religiöser Bildungsarbeit. Als eine der wesentlichen Ursachen für die Verbreitung eines »religiösen Extremismus« gilt, dass selbst in anderthalb Jahrzehnten der Schaden, den die Religionsbekämpfung in sowjetischer Zeit angerichtet hat, nicht behoben werden konnte. Die sowjetische Religionspolitik hatte den Islam in ihrem Machtbereich zwar nicht beseitigt, aber seine öffentlichen Bildungsinstitutionen bis auf einen winzigen staatlich kontrollierten Restbestand liquidiert und ihn auf ethnisches Brauchtum reduziert. Als sich nach der Liberalisierung der Religionspolitik gegen Ende der Sowjetunion junge Leute aus dem Nordkaukasus, Tatarstan oder Mittelasien für islamische Bildung interessierten, wurde diese Nachfrage zum Teil im Ausland oder durch ausländisches Lehrpersonal im Inland befriedigt.

Dieser Austausch öffnete die postsowjetischen Gesellschaften für Strömungen des modernen religiösen Fundamentalismus. Die offiziellen Religionsbürokratien, die islamischen geistlichen Verwaltungen (Muftiate), waren nicht in der Lage, mit intellektuellen Mitteln ihre Klientel gegen diese Einflüsse zu immunisieren. Laut einer Analyse der Situation in Kirgistan wies diese Muftiatsgeistlichkeit einige gravierende Schwächen auf. Die Ausbildung der »Religionskader« hielt mit dem Tempo »religiöser Wiedergeburt« in der Bevölkerung nicht Schritt. Die »geistliche Verwaltung« krankte an denselben Symptomen, die dem Staatsapparat vorgehalten wurden: Korruption, Intransparenz, Patronage, Klanwirtschaft. Generell wird ihr ein »passiv-formales Verhältnis« zu den Gläubigen attestiert. Damit ist sie dem Engagement und der moralischen Emphase islamistischer Akteure unterlegen.<sup>56</sup>

<sup>56</sup> Siehe Omarov, *Islamskaja al'ternativa* [wie Fn. 53].

2006 plante die kirgisische Regierung, in der Sekundarstufe Religionsunterricht einzuführen, was im säkularen Verfassungs- und Bildungssystem des Landes nicht vorgesehen war. Es gelte, junge Leute von »dubiosen religiösen Organisationen« fernzuhalten. Die Reaktionen auf diese Ankündigung fielen gemischt aus. Man befürchtete, radikale Islamisten könnten in den Lehrkörper einsickern. Auch auf den Mangel an zeitgemäßen Lehrbüchern, die die modernen Realitäten in der Welt des Islam und anderer Religionen reflektierten, wurde hingewiesen.<sup>57</sup>

Auch in Russland wird der Konnex zwischen Extremismus und Problemen religiöser Bildung betont. Innenminister Nurgalijew empfahl in einer Regierungsstunde im Parlament zwei Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung: Strafverschärfung bei Mitgliedschaft in extremistischen Organisationen und Förderung islamischer Hochschulen in russischen Metropolen mit starkem muslimischem Bevölkerungsanteil.<sup>58</sup>

Zwei Jahrzehnte nach der Liberalisierung der Religionsgesetzgebung gibt es zwar immer mehr Moscheen und Religionsschulen, aber nur wenig gut ausgebildete Imame. 1996 wurde die Moskauer Islamische Universität gegründet, um verstärkt Lehrpersonal auszubilden. Gelehrt werden die Fächer Koran, islamisches Recht, arabische Sprache, russische Literatur und Kultur, russische und Weltgeschichte sowie Beziehungen zwischen Staat und Religion. Im Nordkaukasus, vor allem in Dagestan, entstand ein Wildwuchs höherer islamischer Bildungseinrichtungen, in die der Sonderbevollmächtigte Dmitrij Kosak nun Ordnung bringen will. Dass mittlerweile verstärkt islamische Bildung eingefordert wird, ist indes nicht nur auf den Wunsch zurückzuführen, Extremismus in der eigenen Glaubensgemeinschaft abzuwehren. Die muslimischen Gemeindeführer reagieren damit auch auf den wachsenden Einfluss der russisch-orthodoxen Kirche auf das Bildungssystem in Russland und auf Bestrebungen, die Disziplin »Grundlagen der russisch-orthodoxen Kultur« zum Pflichtfach zu erheben.<sup>59</sup>

<sup>57</sup> Sultan Kanazarov, »Kyrgyz Religious Education Plan Sparks Controversy«, in: *Reporting Central Asia*, (4.8.2006) 459, <[http://iwpr.net/?p=rca&s=f&o=322788&apc\\_state=henirca200608](http://iwpr.net/?p=rca&s=f&o=322788&apc_state=henirca200608)>.

<sup>58</sup> »MVD RF obesposkoeno eksportom religioznogo ekstremizma na Kavkaz« [Das Innenministerium der RF ist über den Export von religiösem Extremismus in den Kaukasus besorgt], in: *Kavkazskij Uzel*, 15.11.2006.

<sup>59</sup> Mark A. Smith, *Islam in the Russian Federation*, Swindon: Defence Academy of the United Kingdom, Conflict Studies Research Centre, November 2006 (Russian Series 06/53), S. 7.

## Islamistische Bewegungen im GUS-Raum: Periodisierung und regionale Differenzierung

Auch im GUS-Raum tritt das Wahrnehmungsmuster »politischer Islam = Gewalt« bei der Identifikation terroristischer Kräfte besonders hervor. Schon beim Zerfall der Sowjetunion wurde die Frage gestellt, wie sich eine »religiöse Wiedergeburt« in den vom Islam geprägten Regionen des untergegangenen Vielvölkerreichs vollziehen würde. Aus diesen Gründen soll hier ein kurzer Überblick über islamistische Bewegungen im Kaukasus und in Zentralasien gegeben werden.

Die Geschichte islamistischer Bewegungen im GUS-Raum lässt sich in vier Phasen unterteilen.<sup>60</sup> Die erste reichte in die Gorbatschow-Ära zurück und begann mit der Gründung einer – damals noch unionsweiten – »Islamischen Partei der Wiedergeburt« in Astrachan im Juni 1990. Bei der Auflösung der Sowjetunion zerfiel diese Partei in Filialen auf der Ebene einzelner Unionsrepubliken. Vor allem diejenige in Tadschikistan sollte politische Bedeutung erlangen. Im Ferganatal in Zentralasien und in Dagestan im Nordkaukasus traten lokale islamische Bewegungen unter einer Vielzahl von Bezeichnungen in Erscheinung: *Adolat* (Gerechtigkeit), *Islom lashkari* (Islamisches Heer) etc. Diese Phase endete am Vorabend der staatlichen Unabhängigkeit mit der Konfrontation zwischen Islamisten und ihren Gegnern. Letztere beriefen sich auf die Verteidigung des Säkularismus und die friedliche Koexistenz der Glaubensgemeinschaften in den neuen Nationalstaaten. Am massivsten war die Konfrontation in Tadschikistan. Auch in Usbekistan ging 1992 die Auseinandersetzung in einen politischen Machtkampf über, der sich allerdings weitgehend auf die Provinzen im Ferganatal beschränkte.

Die zweite Phase zwischen 1992 und 1996 umfasste den tadschikischen Bürgerkrieg, der allerdings nicht auf eine Auseinandersetzung zwischen »Exkommunisten« und »Islamisten« verkürzt werden darf, obwohl dort eine islamische Partei als Konfliktakteur hervortrat. Außerdem fiel in diese Zeit die militärische Eskalation des Konflikts zwischen Moskau und Tschetschenien, durch die islamistische Kräfte an Einfluss gewannen.

In der dritten Phase zwischen 1996 und 2001 traten diejenigen Kräfte und Bewegungen in Erscheinung, die heute im Zusammenhang mit der »islamistischen Bedrohung« im GUS-Raum am häufigsten genannt werden: Hizb ut-Tahrir und IBU in Zentralasien, »Wahhabiten« im Nordkaukasus und islamistische Kräfte in Tschetschenien, die von Feldkommandeuren und Politikern wie Selimchan Jandarbijew, Mowladi Udugow und Schamil Bassajew repräsentiert wurden.

Die vierte Phase seit 2001 ist von den Ereignissen des 11. September und ihren Folgen geprägt. Muslimische GUS-Regionen wurden in einen globalen Abwehrkampf gegen den islamistischen Terrorismus einbezogen, der Diskurs über Islamismus und Terrorismus im postsowjetischen Raum verschärfte sich. Dabei müssen aber folgende Einschränkungen gemacht werden:

- ▶ Es gibt zwar Verknüpfungen zwischen kaukasischen und zentralasiatischen Islamisten, aber keine vereinigte Bewegung und kein Koordinationszentrum islamistischer Kräfte – nicht auf regionaler Ebene und schon gar nicht für den gesamten postsowjetischen Raum.
- ▶ Nur ein Teil dieser Bewegungen vertritt Gewaltstrategien, um ihre utopischen Ziele zu erreichen. Die pauschale Gleichsetzung von Islamismus und Terrorismus geht in der Realität nicht auf.
- ▶ Nur ein verschwindend kleiner Teil der Bevölkerung stimmt Zielen und Methoden zu, für die der Jihad in seiner militanten Bedeutung steht. Selbst im Epizentrum der Gewalt im Nordkaukasus, in Tschetschenien, steht nur eine Minderheit der Bevölkerung militanten Jihad-Gruppierungen nahe. Entwarnung kann trotzdem nicht gegeben werden, da Terrorismus im Allgemeinen nicht auf massenhafte Unterstützung angewiesen ist.
- ▶ Einstellungen, die »den Westen« zum Feind der islamischen Welt erklären, waren beim Zerfall der Sowjetunion in deren vom Islam geprägten Teilen kaum verbreitet. Sie gewannen in der nachfolgenden Entwicklung zwar an Bedeutung,<sup>61</sup> stehen

<sup>61</sup> Im Lager des tschetschenischen Widerstands wurde die säkular-prowestliche Einstellung, für die Aslan Maschadow und seine »Minister« im Exil standen, von einer gegen westliche Werte gerichteten islamistischen Haltung abgelöst. Dem Westen wurde Verrat am Freiheitsbegehren der Tsche-

<sup>60</sup> Siehe dazu Malashenko, »Islam, Politics, and Security in Central Asia« [wie Fn. 7], S. 94–97.

hinter antiwestlichen Affekten in anderen Teilen der islamischen Welt aber noch immer zurück.

## Nordkaukasus und Südrussland

Unter allen Regionen Russlands und des GUS-Raums ist es der Nordkaukasus, mit dem terroristische Gewalt am ehesten in Verbindung gebracht wird. Extremismus und Gewalt verbreiten sich über die nordkaukasischen Teilrepubliken hinaus in angrenzende Regionen Südrusslands.<sup>62</sup> Dem einer islamistischen Radikalisierung stärker ausgesetzten Nordkaukasus wird die Wolga-Ural-Region, das andere historische »muslimische Massiv« Russlands, als Kontrast entgegengesetzt – als Beleg dafür, dass sich Islam und Säkularismus vereinbaren ließen.<sup>63</sup>

Während Tschetschenien seit 2006 aus der internationalen Berichterstattung mehr und mehr verschwindet, greifen Kämpfe zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Gewaltakteuren auf andere Föderationssubjekte im Nordkaukasus über. Im Sommer 2007 verdichteten sich gegen den lokalen Präsidenten Sjasikow gerichtete Kämpfe in Inguschetien zu einem regelrechten Kleinkrieg. Ein wachsender Teil der Bevölkerung stellte sich in letzter Zeit auch in Republiken wie Kabardino-Balkarien und Nordossetien, die lange Zeit als relativ ruhig gegolten hatten, gegen die lokalen Regierungen.<sup>64</sup> Was Gewaltdiffusion und

tschenen vorgeworfen. In Zentralasien richteten sich Unmutsbekundungen und Anschläge gegen westliche Militärbasen wie Manas in Kirgistan. Insbesondere der Krieg der USA in Irak brachte antiamerikanische Stimmungen hervor, die zuvor nicht zu beobachten waren. Siehe dazu Daniel Seršen, »Kyrgyzstan. An Anti-Western Mood Gains Strength«, in: *Eurasianet, Eurasia Insight*, 22.5.2007, <[www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav052207.shtml](http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav052207.shtml)>.

<sup>62</sup> Den umfassendsten Beitrag zum Terrorismusproblem in Südrussland liefern I. P. Dobaev/V. I. Nemčina, *Novyj terrorism v mire i na Juge Rossii: suščnost', évoljucija, opyt protivodejstvija* [Moderner Terrorismus weltweit und im Süden Russlands: Wesen, Entwicklung, Erfahrung mit Gegenmaßnahmen], Rostov am Don 2005.

<sup>63</sup> Zaid Abdulagatov, »Daghestan and Tatarstan: The State/Religion Relationship in the Islamic Context of Russia«, in: *Central Asia and the Caucasus*, 31 (2005) 1, S. 50–58; Natalja Gontšcharova, »Russische Muslime in Tatarstan und Dagestan. Zwischen Autonomie und Integration«, in: Markus Kaiser (Hg.), *Auf der Suche nach Eurasien*, Bielefeld 2004 (Bibliotheca Eurasica, Bd. I), S. 226–247.

<sup>64</sup> »In a recent survey, 21 per cent of respondents in Karachay-Cherkessia said they were prepared to confront the government and 14 per cent answered »possibly«. In Kabardino-Balkaria 15 per cent answered »yes« and 8 per cent

islamistische Dynamiken betrifft, ist ein historisches Ost-West-Gefälle zwischen den Regionen nahe dem Kaspischen Meer und denen nahe dem Schwarzen Meer zu konstatieren. Dieses Gefälle aber scheint zu schwinden, da auch Republiken im Westabschnitt der Region zunehmend im Zusammenhang mit Gewalt genannt werden. So nahmen islamistische Gruppierungen in der binationalen Republik Karatschai-Tscherkessien den offenen Kampf gegen Regierung und offizielle Geistlichkeit auf.<sup>65</sup> Die Gewalt nahm solche Ausmaße an, dass die Regierung im Sommer 2004 vorübergehend das Kriegsrecht verhängte. Das am weitesten im Westen gelegene, von einer islamistischen Mobilisierung unberührte Adygien galt als die ruhigste Republik im Nordkaukasus. Seit 2004 spitzt sich jedoch auch hier eine politische Krise zu. Angeblich existieren Pläne, die Republik mit der Region Krasnodar administrativ zu verschmelzen und so ihren nationalen Status aufzuheben. Gegen dieses Vorhaben Moskaus wird das ethnische und religiöse Selbstbewusstsein der muslimischen Adygen mobilisiert, die der Republik auch ihren Namen gaben.<sup>66</sup>

Wo die Konfrontation zur Gewalt eskaliert, richtet sie sich vor allem gegen die dort massiv aufgestellten Sicherheitsapparate. Wohl in keiner anderen Region Europas sind Organe staatlicher Gewalt in solcher Dichte vertreten wie im Südlichen Föderalbezirk der Russischen Föderation. 300 000 Soldaten sind dort stationiert. Hinzu kamen im Jahr 2005 auf je 100 000 Einwohner knapp 1200 Staatsbedienstete, Geheimdienst- und Sicherheitskader.<sup>67</sup> In Teilrepubliken wie Kabardino-Balkarien und Dagestan, wo 2005 laut Angabe der Rechtsschutzorgane etwa 2000 Untergrundkämpfer aktiv waren,<sup>68</sup> richten sich Anschläge vornehmlich gegen diese staatlichen Sicherheitsapparate, die ihrerseits brutal und außerhalb jeglicher Rechtsstaatlichkeit vorgehen. Nach wie vor bilden un-

»possibly.« (Zitiert aus Murad Batal al-Shishani, »From Grozny to Nalchik: Is the North Caucasus Heading Back to the Nineteenth Century?«, in: *Central Asia-Caucasus Analyst*, 19.10.2005, <[www.cacianalyst.org/files/20051019Analyst.pdf](http://www.cacianalyst.org/files/20051019Analyst.pdf)>).

<sup>65</sup> »Security Situation Worsens in Karachaevo-Cherkessia«, in: *Jamestown Chechnya Weekly*, 7 (2.11.2006) 42, <[www.jamestown.org/chechnya\\_weekly/article.php?articleid=2372616](http://www.jamestown.org/chechnya_weekly/article.php?articleid=2372616)>.

<sup>66</sup> Naima Nefliasheva, »Kremlin Annexation Drive Mobilizes Adyghe's Muslim Community«, in: *Jamestown Chechnya Weekly*, 7 (19.10.2006) 40, <[www.jamestown.org/chechnya\\_weekly/article.php?articleid=2372605](http://www.jamestown.org/chechnya_weekly/article.php?articleid=2372605)>.

<sup>67</sup> *Moskovskij Komsomolec*, 16.6.2005.

<sup>68</sup> *Nezavisimoe voennoe obozrenie*, 8.7.2005.

Karte 1

## Nordkaukasus, Administrative Übersicht



gestrafte Übergriffe staatlicher Organe auf die Zivilbevölkerung eine der Hauptursachen für Gewalt. Terrormaßnahmen staatlicher und nichtstaatlicher Akteure haben sich hier gegenseitig hochgeschaukelt. Klassisches Beispiel für eine solche Konfrontation außerhalb Tschetscheniens war der Angriff auf mehrere lokale Sicherheitsbehörden in Naltschik, der Hauptstadt Kabardino-Balkariens, am 13. Oktober 2005.<sup>69</sup>

Auch wenn sich nach 2005 unter der Regie des Sonderbevollmächtigten Dmitrij Kosak der Zugriff des föderalen Zentrums auf die Region verstärkt hat, bildet der Gürtel aus sieben nordkaukasischen Teilrepubliken immer noch eine »Ohnmachtszone« der Russi-

schen Föderation.<sup>70</sup> An ihr prallt die vielzitierte »Vertikale der Macht« immer noch weitgehend ab, mit der sich das politische System unter Putin von dem unter Jelzin als durchsetzungsfähige Staatsmacht absetzen und beweisen möchte. Vor allem bildet die Region heute die Armutsperipherie der Russischen Föderation, obwohl sie günstige natürliche Voraussetzungen für eine prosperierende Wirtschaft besitzt.<sup>71</sup> Die Armutsquote liegt in Teilrepubliken wie Kabardino-Balkarien, Dagestan und Inguschetien weit über dem russischen Durchschnitt. Die sozialökonomischen Probleme betreffen vor allem die jungen Bevölkerungsgruppen. In Inguschetien sind 70,5 Prozent der

<sup>69</sup> Etwa 200 bewaffnete junge Männer überfielen mehrere Gebäude von Behörden und Sicherheitsorganen der Republik. 92 Angreifer, 35 Sicherheitskräfte und 12 Zivilisten wurden getötet. Angriffsziele waren das lokale Antiterrorismus-Zentrum, eine Grenzschutzabteilung, das Republik-Direktorium des FSB, das Republik-Innenministerium, die lokale Behörde für die Bekämpfung des organisierten Verbrechens und andere Objekte. Das gesamte lokale Spektrum von »siloviki«, von Sicherheitskräften, stand hier unter Beschuss.

<sup>70</sup> Uwe Halbach, »Russlands ›Ohnmachtszone‹: Gewalt und Instabilität im Nordkaukasus«, in: Stefani Weiss/Joscha Schmieder (Hg.), *Prekäre Staatlichkeit und internationale Ordnung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007, S. 135–153.

<sup>71</sup> Die Vorgebirgsregion des Nordkaukasus war eine der fruchtbarsten Landwirtschaftszonen Russlands und der Sowjetunion, ein Hauptlieferant für Getreide, Obst und Gemüse. Außerdem liegen Erdölfelder im Osten der Region (Tschetschenien, Stawropol).

Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren weder in Beschäftigung noch in Ausbildung (Tschetschenien 55%, Dagestan 40,7%, Kabardino-Balkarien 35%, Durchschnitt der Russischen Föderation 10,3%). Demoskopische Studien stellen in diesem jungen Bevölkerungsteil einen hohen Grad an Unzufriedenheit und einen krassen Mangel an Zukunftsperspektiven fest.<sup>72</sup>

Noch schwerer fallen politische Missstände als gewaltfördernde Faktoren ins Gewicht. Im Juni 2005 geriet ein an den Kreml gerichteter Bericht Kosaks über die Situation im Nordkaukasus an die Öffentlichkeit. Er lieferte ein Bild katastrophaler Regierungsführung mit dem im innerrussischen Vergleich höchsten Grad an Korruption und Klanwirtschaft in lokalen Machtoorganen. In sechs von insgesamt zwölf Föderationssubjekten des Südlichen Föderalbezirks ist das Ansehen der politischen Führungen bei der lokalen Bevölkerung geradezu verheerend. Der Bericht prognostiziert eine Makroregion sozialer, politischer und wirtschaftlicher Instabilität, die alle nordkaukasischen Teilrepubliken und einen Teil der Region von Stawropol umfasst.<sup>73</sup>

Die nordkaukasischen Teilrepubliken von Adygien im Westen bis Dagestan im Osten bilden mit einer Gesamtbevölkerung von knapp sieben Millionen Menschen (davon etwa 4,5 Millionen Muslime) die »muslimische Kolonialperipherie« Russlands. Der Jihad hat vor allem im östlichen Teil der Region ein prominentes historisches Vorbild: den Widerstandskampf nordkaukasischer Bergvölker im »ersten Kaukasuskrieg« im 19. Jahrhundert. Der von Imamen wie Schamil geleitete Widerstand gegen die Armee des Zaren, der zur Bildung eines kurzlebigen »islamischen Staats« (Imamat) führte, wurzelte in einem von Sufi-Orden geprägten traditionellen Islam. Dieser wurde im jahrzehntelangen Kampf gegen einen materiell überlegenen, »ungläubigen« Gegner politisiert und »fundamentalisiert«. Die Region stand und steht heute noch verstärkt im Spannungsverhältnis zwischen Sufismus und Fundamentalismus. Die islamische »Wiedergeburt« in postsowjetischer Zeit provozierte dort wie in keinem anderen Teil des GUS-Raums Generationenkonflikte zwischen einem petrifizierten traditionellen Islam, der von lokal und ethnisch determiniertem Brauchtum und von Bruderschaften (*tariqat*) geprägt wird, und salafistischen (überwiegend

jugendlichen) Bewegungen, die ein solches Brauchtum und ethnischen oder lokalen Partikularismus als heidnisch denunzieren.<sup>74</sup>

Damit stellt sich für den Nordkaukasus in besonderem Maße die Frage nach dem lokalen, regionalen oder globalen Charakter islamistischer Bewegungen. Verbinden sich lokale Gruppierungen in verschiedenen Teilen des Nordkaukasus zu einer regionalen islamischen Widerstandsfront gegen Russland – in Anlehnung an den Jihad eines Imam Schamil im 19. Jahrhundert? Mischen sich globale Kräfte in diesen Vorgang ein? In vielen Kommentaren wird der historische Bezug zum »ersten Kaukasuskrieg« hergestellt. Andere Kommentatoren weisen auf grundlegende Unterschiede zwischen den Kaukasuskriegen des 19. Jahrhunderts und der Situation in postsowjetischer Zeit hin und betonen die differenzierten lokalspezifischen Grundlagen für Gewalt in der Region.<sup>75</sup>

In letzter Zeit traten immer mehr lokale islamistische Gruppen – generell mit dem arabischen Terminus »jama'a« (Gemeinde, Gemeinschaft) bezeichnet – von Dagestan im Osten bis Karatschai-Tscherkessien im Westen des Nordkaukasus in Erscheinung. Einige militante Zellen wurden in eine neue »Kaukasusfront« integriert, die als ein Instrument für die regionale Erweiterung des tschetschenischen Widerstands hervortrat. Offiziell wurde diese Front 2005 von Abdul Sadulajew gegründet, dem Nachfolger Aslan Maschadows im Amt des »Präsidenten« der »Tschetschenischen Republik Itschkerien«. Ihr Hauptinitiator aber war Schamil Bassajew. Sie enthält angeblich Abteilungen aus verschiedenen Republiken und Regionen des Nordkaukasus und Südrusslands. Der gegenwärtig amtierende »Präsident« der tschetschenischen Untergrundregierung, Dokka Umarow, teilte mit, zwei weitere Fronten seien gegründet worden: die Ural- und

<sup>72</sup> Gloria La Cava, *Youth in the North Caucasus: From Risk to Opportunity*, <[www.csis.org/images/stories/Russia%20and%20Eurasia/07\\_worldbank\\_youth.pdf](http://www.csis.org/images/stories/Russia%20and%20Eurasia/07_worldbank_youth.pdf)>.

<sup>73</sup> Der Bericht wurde veröffentlicht in: *Moskovskij Komsomolec*, 16.6.2005.

<sup>74</sup> I. P. Dobaev, *Terrorizm v stranach zapadnyh Evropy in na jube Rossii: komparatistskij analiz* [Terrorismus in Ländern Westeuropas und im Süden Russlands: Eine vergleichende Untersuchung], o.D., <[www.i-r-p.ru/page/stream-exchange/index-3251.html](http://www.i-r-p.ru/page/stream-exchange/index-3251.html)>. Zu den innerislamischen Auseinandersetzungen im Nordkaukasus siehe besonders Ruslan Kurbanov, »Globalization of Muslim Consciousness in the Caucasus: Islamic Call and Jihad«, in: *Central Asia and the Caucasus*, 42 (2006) 6, S. 55–70.

<sup>75</sup> Brenda Shaffer, »It's not about Ancient Hatreds, It's about Current Policies: Islam and Stability in the Caucasus«, in: *Caucasian Regional Studies*, 1–2 (November 2000) 5, <[http://bcsia.ksg.harvard.edu/publication.cfm?program=CORE&ctype=article&item\\_id=209](http://bcsia.ksg.harvard.edu/publication.cfm?program=CORE&ctype=article&item_id=209)>. Elmir Guliyev, »Islamic Extremism in the Caucasus: Real Threat and How to Avert It«, in: *The Caucasus & Globalization*, 1 (2006) 1, <[www.ca-c.org/c-g/2006/journal\\_eng/c-g-1/15.kulieven.shtml](http://www.ca-c.org/c-g/2006/journal_eng/c-g-1/15.kulieven.shtml)>.

die Wolga-Front. Hier wird das Bild eines transregionalen Jihad konstruiert, das aber mit der Wirklichkeit kaum übereinstimmt. Nach dem Tod der bekanntesten Leitfiguren des tschetschenischen Widerstands fehlt dafür ein charismatischer Führer. Der Salafismus, der sich dem Glaubenskampf über ethnische Grenzen hinweg verschreibt, befindet sich in Tschetschenien gegenwärtig eher in einer tiefen Krise.<sup>76</sup> Aus Meinungsumfragen unter jungen Bevölkerungsgruppen der kaukasischen Teilrepubliken geht hervor, dass sich die Befragten nicht mit solchen Kampfangelegenheiten solidarisieren – eher ist sogar ein anti-tschetschenischer Affekt festzustellen. Dass die Anknüpfung an den historischen kaukasischen Jihad (oder *Ghazawat*, wie der islamisch begründete Widerstand im 19. Jahrhundert dort hieß) nicht funktioniert, mussten tschetschenische Akteure im August 1999 bei ihrem Übergriff auf Dagestan erfahren. Statt des regionalen Jihad gegen Russland, wie eigentlich geplant, mobilisierten sie den Widerstand der dagestanischen Bevölkerung gegen eine »tschetschenische Aggression«.

Nahezu alle Föderationssubjekte Russlands in der Region verabschiedeten Gesetze zum »Kampf gegen den Wahhabismus«. Repräsentanten der offiziellen islamischen Geistlichkeit wurden in den Kampf einbezogen. Der Krieg gegen den Wahhabismus wurde selbst als Jihad definiert: gleichsam als Jihad der staatlichen Behörden und der Muftiatsgeistlichkeit gegen den ihrer ideologischen Gegner. Er begann 1999 in Dagestan als Reaktion auf die Sezession einiger Gemeinden. Diese hatten sich als Scharia-Gemeinschaften von der in ihren Augen völlig korrupten Republikverwaltung losgesagt und sich mit Freischärlern aus Tschetschenien verbunden. Dieser »offizielle Gegen-Jihad« hat in der größten nordkaukasischen Teilrepublik zur Folge, dass die konservative Muftiatsgeistlichkeit einen Einfluss auf das politische System gewonnen hat, der den säkularen Charakter dieses Systems in Frage stellt. In einer Republik wie Kabardino-Balkarien führte der »Krieg gegen Wahhabiten« zur massenhaften Schließung von Moscheen, zu interethnischen Spannungen und zu bewaffneten Auseinandersetzungen.<sup>77</sup> Die Polizei erstellte eine Liste mit

»Staatsfeinden«. Ein Beobachter dazu: »Die Polizisten gingen in den Dörfern in die Moscheen, notierten diejenigen, die fünf Mal täglich zum Gebet kamen – und setzten ihre Namen auf die Extremistenliste«.<sup>78</sup>

Russische Islamexperten fordern eine gründlichere Analyse des islamischen Radikalisierungsprozesses in der Region, denn dieser lasse sich nicht auf »Wahhabismus« reduzieren. Sie weisen auf folgende Trends hin: Die tiefe Systemkrise in der Region hat die säkularen Machtstrukturen diskreditiert und den Boden für radikale ideologische Orientierungen bereitet. Davon profitierten vor allem salafistische Bewegungen. Sie sind zwar ein neues Phänomen im Nordkaukasus, haben aber gleichwohl Wurzeln in der regionalen Geschichte. Grundbegriffe eines kämpferischen Islam waren schon im »ersten Kaukasuskrieg« im 19. Jahrhundert im Schwange. Die offiziellen islamischen Verwaltungsstrukturen haben durch die Art und Weise, wie sie sich auf den staatlichen »Kampf gegen den Wahhabismus« eingelassen haben, zur Radikalisierung beigetragen. Hinzu kommt ein Generationswechsel: Im Ausland indoktrinierte »junge Imame« fordern ihre in sowjetischer Zeit ausgebildeten Kollegen heraus. Religiöser Extremismus wird hauptsächlich von kleinen Gruppen verkörpert, an deren Spitze ein Führer (Amir), zumeist ein Einheimischer, und Instruktoren, mitunter Ausländer, stehen. Die Tschetschenienkriege, besonders der zweite, haben die aktuellen ideologischen Stereotypen in diesem Umfeld geprägt – darauf fußt etwa die Unversöhnlichkeit im Verhältnis zu Russland. In Tschetschenien selbst ist die Zahl terroristischer Akte zurückgegangen. Dafür nimmt die Gewalt in Nachbarregionen zu. Dezentralisierte Formen von Gewaltorganisation treten dabei hervor: kleine, mobile, semi-autonome Gruppen namens »Jennet«, »Scharia«, »Kalifa« oder »Jarmuk« beweisen ihre ausgeprägte Fähigkeit, sich veränderten Realitäten anzupassen. Solche »jama'at« genannten Netzwerke sind in allen Regionen des Südlischen Föderalbezirks präsent, also nicht nur in den muslimischen Teilrepubliken, sondern auch in den Gebieten Stawropol, Astrachan und Wolgograd. Zwar beobachten lokale Gewaltakteure auch die internationalen terroristischen Bewegungen, sie sind aber autark und insofern in der Lage, ohne ausländische Unterstützung zu überleben und sich zu erneuern.

<sup>76</sup> Laurent Vinatier, »Perspectives. Islamist Trends in the Northern Caucasus«, in: *Central Eurasian Studies Review*, 5 (2006) 1, S. 2–6; Souleimanov, *An Endless War* [wie Fn. 21], S. 284.

<sup>77</sup> Laut Bericht der Journalistin Julia Latynina wurden Gläubige aus den Moscheen gezerzt und verprügelt, einigen wurden orthodoxe Kreuze auf den Schädel tätowiert oder die Bärte angezündet. Einer schwangeren Frau traten Umstehende in den Bauch und schrien: »Du wirst keinen Wahhabiten

in die Welt setzen.« (Zitiert von John B. Dunlop, »Conference Transcript: The Future of the North Caucasus« [wie Fn. 55], S. 16.)

<sup>78</sup> Zitiert von Florian Hassel, »Ausweitung der Terrorzone«, in: *Frankfurter Rundschau*, 7.2.2005.



Externe Finanzzuflüsse, die noch vor einigen Jahren eine Rolle für die Verbreitung des militanten Islamismus in der Region gespielt haben, wurden nach dem 11. September 2001 deutlich vermindert.<sup>79</sup>

Bessere Regierungsführung und nachhaltige Entwicklung im Nordkaukasus wären die wichtigsten strukturellen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung in Russland. Nach dem Terrorakt von Beslan 2004 sprach Präsident Putin mit deutschen Partnern über Möglichkeiten der Kooperation mit der Europäischen Union auf diesem Feld. Danach aber behandelte Moskau die Fehlentwicklungen in dieser Region wieder als innerstaatliches Problem Russlands, das angeblich auf dem Weg ist, zügig gelöst zu werden, die Situation »normalisiere« sich. Es bleibt offen, ob und inwieweit internationale Akteure an einer Stabilitätspolitik im Nordkaukasus beteiligt werden.<sup>80</sup>

In Tschetschenien ist der militärische Widerstand deutlich geschwächt, nachdem im März 2005 der Führer der Untergrundregierung, Aslan Maschadow, im Juni 2006 sein Nachfolger Abdul-Chalim Sadulajew und einen Monat später auch Schamil Bassajew getötet wurden. Viele prominente Feldkommandeure aus der ersten Generation der »tschetschenischen Revolution« sind in den vergangenen Jahren liquidiert worden. Zahlreiche Kämpfer liefen auf die Gegenseite über und wurden in Ramsan Kadyrows Streitkräfte integriert. Über die Stärke des verbleibenden militärischen Untergrunds verbreiten die russische Regierung und prorussische Quellen in Tschetschenien stark divergierende Zahlen.<sup>81</sup> Das Spektrum reicht von »ein paar Dutzend« (Ramsan Kadyrow) bis zu mehr als tausend bewaffneten Kämpfern. Laut Aussage des russischen Militärkommandos in Tschetschenien waren es Anfang 2007 noch 450. Die in letzter Zeit deutlich voranschreitenden Wiederaufbaumaßnahmen in Grosny und Umgebung wurden weitgehend in die Hände Ramsan Kadyrows gelegt, der in

der lokalen Bevölkerung wachsende Zustimmung findet. Der 2007 zum Präsidenten Tschetscheniens gekürte lokale Machthaber ist – wie zuvor sein 2004 ermordeter Vater Ahmad – zum Inbegriff einer »Tschetschenisierungspolitik« des Kreml geworden. Diese wird in Tschetschenien selbst mit einem Personenkult untermauert und in russischen Medien ironisch mit »Ramsanisierung« umschrieben. Die »Friedens- und Stabilisierungspolitik« wurde also an eine Person delegiert, die sich vor allem als Gewaltakteur Respekt verschafft hat. Kadyrow praktiziert anstelle des offenen Sezessionismus der Separatisten nun eine stille Ausgliederung Tschetscheniens aus der Putin'schen »Vertikale der Macht«. Dabei bekundet er allerdings strikte Loyalität gegenüber Moskau.<sup>82</sup>

## Südkaukasus

Mit seinen ungelösten Regionalkonflikten und seiner »porösen Staatlichkeit« liegt der Südkaukasus im Blickfeld einer internationalen Sicherheitspolitik, die grenzüberschreitende Risiken berücksichtigt. Laut der Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003 beobachtet man besonders aufmerksam »Nachbarländer, die in gewaltsame Konflikte verstrickt sind, schwache Staaten, in denen organisierte Kriminalität gedeiht, zerrüttete Gesellschaften oder explosionsartig wachsende Bevölkerungen in Grenzregionen«<sup>83</sup> Europas. Mit Ausnahme des letzten Punktes hat der Südkaukasus Anschauungsmaterial für die genannten Herausforderungen geliefert.

Was die Terrorismusgefahr betrifft, geriet 2002 das Pankisi-Tal im georgisch-tschetschenischen Grenzgebiet als Rückzugs- und Ruheraum für Terroristen in die internationalen Schlagzeilen. Georgien und Aserbaidschan wurden von den USA in den »war on terrorism« einbezogen. In Aserbaidschan unterstützt Washington die Modernisierung der Streitkräfte im Rahmen einer »Caspian Border Peace Initiative«, baut kaspische »rapid reaction forces« auf, verstärkt den

<sup>79</sup> Zu islamistischen Bewegungen im Nordkaukasus siehe besonders Akhmet A. Yarlykapov, »Separatism and Islamic Extremism in the Ethnic Republics of the North Caucasus«, in: *Russian Analytical Digest*, (5.7.2007) 22, S. 6–12; Igor Dobaev, »The Islamist Movement in the Northern Caucasus: Trends, Possible Developments, and How to Oppose It«, in: *Central Asia and the Caucasus*, 39 (2006) 3, S. 146–152 (146).

<sup>80</sup> Dazu zuletzt Neil J. Melvin, *Building Stability in the North Caucasus. Ways Forward for Russia and the European Union*, Solna: Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), Mai 2007 (Policy Paper Nr. 16).

<sup>81</sup> Zu den extrem unterschiedlichen Angaben über den militärischen Untergrund siehe Blandy, *Chechnya: Continued Violence* [wie Fn. 31], S. 4–5.

<sup>82</sup> Zu diesem Paradoxon siehe besonders Maciej Falkowski, *Chechnya. Between a Caucasian Jihad and »Hidden« Separatism*, Warschau: Centre for Eastern Studies, Januar 2007. Als Gegenleistung für die Loyalität gegenüber dem Kreml versucht Kadyrow, für Tschetschenien ein Maximum an Souveränität und für sich selbst uneingeschränkte Macht zu erwirken. So fordert er die Hoheit über die Erdöleinnahmen, die gegenwärtig nur zur Hälfte an Tschetschenien fließen.

<sup>83</sup> <<http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>>, S. 7.

Küstenschutz am Kaspischen Meer und hebt den Schutz der Pipeline von Baku nach Ceyhan als besondere sicherheitspolitische Aufgabe hervor.<sup>84</sup> In Georgien pöppelten die Amerikaner die zuvor kaum einsatzfähigen Streitkräfte auf und unterstützten so die Bemühungen der Regierung, die Kontrolle über das Staatsterritorium wiederherzustellen. Im Gegenzug will sich Tiflis 2007 verstärkt am Kampf »gegen das Böse« beteiligen und neben seinem Kontingent im Irak, das auf 2000 Mann aufgestockt werden soll, nun auch noch Truppen für den Einsatz in Afghanistan bereitstellen.<sup>85</sup> Auch Russland verknüpft seine Kaukasuspolitik mit der Terrorismusbekämpfung.<sup>86</sup> In einer 2002 von Präsident Bush und Präsident Putin unterzeichneten Deklaration über eine Zusammenarbeit auf diesem Handlungsfeld wird in diesem Kontext die friedliche Regulierung der Konflikte um Abchasien und Südossetien genannt. Beide Seiten bekräftigen, dass sie im Interesse an deren politischer Lösung und an der territorialen Integrität Georgiens zusammenarbeiten wollen.<sup>87</sup> Allerdings entwickelten sich ihre Beziehungen in puncto Kaukasus in der Folgezeit eher konfrontativ. Beide Akteure konkurrieren mit ihren Antiterrorismusprojekten in dieser Region miteinander. So setzte Moskau den kaspischen Militärinitiativen der USA eigene Projekte entgegen, etwa die »Kaspi-Antiterror-2005«-Übung. Außerdem forderte Russland, dass die Anrainer des Kaspischen Meeres eine Schnelle Eingreiftruppe bilden.

Im Südkaukasus verbindet sich das Thema Terrorismus eng mit dem Separatismus und ungelösten Sezessionskonflikten. Die Streitparteien in diesen Konflikten werfen sich gegenseitig Terrorismus vor. In einem entscheidenden Punkt fügt sich die Entwicklung im Südkaukasus aber nicht in die in dieser Studie behandelte Verbindung zwischen Extremismus und Terrorismus über religiös begründete Gewalt ein. Zwar bildet die Region eine Schnittstelle zwischen Christentum und Islam, Europa und Vorderem Orient. Zudem fan-

den in ihr bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen ethnisch und konfessionell unterscheidbaren Konfliktparteien statt. Dennoch spielte die Religion in den Konflikten keine nennenswerte Rolle. Sie trat hinter ethno-territoriale Streitgegenstände zurück. Das gilt vor allem für den Karabachkonflikt zwischen christlichen Armeniern und muslimischen Aserbaidtschanern. Dieser Konflikt unterlag bislang keiner islamistischen Transformation. Damit bildet er eine Ausnahme unter Territorial- und Souveränitätskonflikten, an denen eine muslimische Konfliktpartei beteiligt ist. Er unterscheidet sich von entsprechenden Konflikten in Tschetschenien, Kaschmir, Palästina, Bosnien, Südthailand und Südphilippinen, die alle samt religiös überhöht werden.

Die beiden südkaukasischen Länder mit polyethnischer und multikonfessioneller Bevölkerung, Georgien und Aserbaidtschan (Armenien ist weitgehend monoethnisch), halten sich eine historische Tradition religiösen Pluralismus zugute, auch wenn in Georgien derzeit eine Renaissance des religiösen Nationalismus zu beobachten ist. Aserbaidtschan, das muslimische (mehrheitlich schiitische) unter den drei südkaukasischen Ländern, ist stolz auf eine Geschichte friedlichen Zusammenlebens von Schiiten, Sunniten und nichtislamischen Glaubensgemeinschaften in dem am frühesten säkularisierten Land der islamischen Welt.<sup>88</sup> Gleichwohl wird auch hier über die Gefahr von Radikalisierung und Politisierung postsowjetischer »islamischer Wiedergeburt«, über Spuren von al-Qaida in Baku, über Wahhabiten im Norden und iranische Einflüsse im Süden des Landes debattiert.<sup>89</sup> Als Faktoren, die eine Radikalisierung fördern könnten, werden genannt:

- ▶ die Vorstellung, der Westen begünstige in der Auseinandersetzung zwischen Aserbaidtschan und Armenien aus kultureller Solidarität die armenische Seite;
- ▶ ungelöste Flüchtlingsprobleme aus der Kriegsphase des Karabachkonflikts;

<sup>84</sup> Marcel de Haas/Andrej Tibold/Vincent Cillessen, *Geo-strategy in the South Caucasus: Power Play and Energy Security of States and Organisations*, Den Haag: Clingendael Institute, November 2006, S. 29–31.

<sup>85</sup> »Mikheil Saakashvili – Georgia Is Ready to Participate in Struggle of Evil and Good«, *Caucasus Press*, 15.3.2007.

<sup>86</sup> Stanislav Cherniavskiy »The Caucasian Track of Russia's Foreign Policy«, in: *International Affairs* (Moskau), 46 (2000) 5, S. 152–164.

<sup>87</sup> Joint Statement by President George W. Bush and President Vladimir V. Putin on Counterterrorism Cooperation, 24.5.2002; <[www.whitehouse.gov/news/releases/2002/05/20020524-5.html](http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/05/20020524-5.html)>.

<sup>88</sup> Die »Demokratische Republik Aserbaidtschan« von 1918 bis 1920 war der erste »demokratische« Staat der islamischen Welt.

<sup>89</sup> Zur religiös-politischen Situation in Aserbaidtschan siehe Svante E. Cornell, *The Politicization of Islam in Azerbaijan*, Washington/Uppsala: Central Asia-Caucasus Institute, Oktober 2006 (Silk Road Paper); Hema Kotecha, *Islamic and Ethnic Identities in Azerbaijan: Emerging Trends and Tensions*, Baku: OSCE Office, Juli 2006; A. S. Junusov, *Islam v Azerbajdzane* [Islam in Aserbaidtschan], Baku 2004; Fuad Aliev, »Islamic Revival in Azerbaijan: The Process and Its Political Implications«, in: *The Caucasus & Globalization*, 2 (2007) 1, S. 70–80.

- ▶ Frustration über »doppelten Standard« in der westlichen Demokratisierungspolitik im Südkaukasus (Unterstützung der »Rosenrevolution« in Georgien, Erleichterung über die Kontinuität des autokratischen Regimes im energiereichen Aserbaidschan);
- ▶ Verfolgung unabhängiger und regimekritischer religiöser Autoritäten durch staatliche Behörden unter dem Vorwurf des religiösen Extremismus;
- ▶ Empörung über Wahlfälschungen, Repression gegen Oppositionskräfte und Korruption in der politischen Machtelite des Landes.<sup>90</sup>

Hinzu kommen Anzeichen sozialer und regionaler Polarisierung in einem Land, das gegenwärtig aufgrund seines »energy honeymoon« Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts von über 30 Prozent erzielt. Nach dem 11. September 2001 war Aserbaidschan eines von zahlreichen Ländern, die der US-Kongress als mit al-Qaida in Verbindung stehend identifizierte. Im Mittelpunkt stand dabei eine Zelle des – inzwischen nicht mehr existenten – »Ägyptischen Islamischen Jihad« in Baku.<sup>91</sup>

Schon vor dem 11. September waren die staatlichen Behörden bemüht, ihre Kontrolle über die religiösen Organisationen zu erhöhen. Drei Entwicklungen wurden dabei als potentiell gefährlich wahrgenommen: erstens iranische Missionsbemühungen, die vor allem im Süden des Landes beobachtet wurden, zweitens »wahhabitische« Einflüsse aus dem Nordkaukasus und dem sunnitischen islamischen Ausland und drittens Missionsoffensiven aus nichtislamischen Glaubensgemeinschaften. 2002 widmete sich eine Konferenz in Baku dem »Verhalten des Islam gegenüber dem Terrorismus«. Dabei wies Rafik Alijew, Leiter eines neuen Staatskomitees für die Beziehungen mit religiösen Organisationen, darauf hin, dass Aserbaidschan sowohl von islamischen als auch von christlichen Fundamentalisten Gefahr drohe. Diese sei aber nicht so groß, dass sie den Staat unmittelbar gefährde.

Seit Beginn der staatlichen Unabhängigkeit Aserbaidschans hatte man im Westen besonders auf den iranischen Einfluss geachtet, ist das Land doch der einzige Nachfolgestaat der Sowjetunion mit einer schiiti-

schen Bevölkerungsmehrheit. Die Regierung in Baku schlug bisweilen Alarm wegen iranischer Einflüsse auf die »islamische Wiedergeburt« in der postsowjetischen Periode. Führer der »Islamischen Partei Aserbaidschans« wurden unter dem Vorwurf verhaftet, für den Iran tätig zu sein. Dies stand aber oft im Zusammenhang mit Problemen in den bilateralen Beziehungen zwischen Baku und Teheran, die von anderen Konflikten herrührten (z.B. Streit über nationale Nutzungszonen im Kaspischen Meer). Man beschuldigte sich gegenseitig, die Sicherheit zu untergraben. Teheran warf Baku vor, das Thema »Süd-aserbaidschan« (aserbaidschanische Bevölkerung im Iran) gegen den Iran zu instrumentalisieren. Baku konterte, der Iran unterstütze islamistische Organisationen in Aserbaidschan.

Nach und nach trat die Gefahr in den Vordergrund, die von »wahhabitischen«, nicht mit dem Iran in Verbindung zu bringenden Akteuren ausging.<sup>92</sup> Diese wurden im Norden Aserbaidschans verortet, vor allem unter ethnischen Minderheiten sunnitischer Konfession in Grenzgebieten zu Dagestan. Aber auch die Hauptstadt Baku vermeldete seit 2001 um sich greifende »wahhabitische« Aktivitäten.<sup>93</sup> Im Zusammenhang mit der sozialen Polarisierung wurde die Frage aufgeworfen, ob der Islam sich zu einem politischen Faktor in Aserbaidschan entwickle. Soziale Proteste in religiös-konservativen Gemeinden wie Nardaran am Kaspischen Meer wurden in einen Kontext mit dem »radikalen Islamismus« gestellt.

Im Umfeld der manipulierten Präsidentschaftswahlen vom Oktober 2003 und der anschließenden Repressionsmaßnahmen gegen oppositionelle Kräfte und Regimekritiker wurde der Diskurs über die islamistische Gefahr weiter politisiert. Unabhängige religiöse Führer gerieten ins Fadenkreuz staatlicher Maßnahmen gegen »religiöse Extremisten«. Sie waren zuvor mit Kritik an der Regierung des neuen Präsidenten Ilham Alijew hervorgetreten. Ähnlich wie gegenüber zentralasiatischen Staaten erhoben internationale Menschenrechtsorganisationen den Vorwurf, Aserbaidschan instrumentalisieren den Antiterrorismus

<sup>90</sup> Kotecha, *Islamic and Ethnic Identities in Azerbaijan* [wie Fn. 89], S. 12.

<sup>91</sup> Samir Razimov, »Bin Laden's Azeri Connections«, in: *Caucasus Reporting Service*, (5.10.2001) 100, <[http://iwpr.net/?p=crs&s=f&o=159506&apc\\_state=henicrs8c5a08395cf077dbbc60c6773794a849](http://iwpr.net/?p=crs&s=f&o=159506&apc_state=henicrs8c5a08395cf077dbbc60c6773794a849)>; Anar Valiyev, »Al-Qaeda in Azerbaijan: Myths and Realities«, in: *Jamestown Terrorism Monitor*, 4 (18.5.2006) 10, <[www.jamestown.org/terrorism/news/article.php?articleid=2370001](http://www.jamestown.org/terrorism/news/article.php?articleid=2370001)>.

<sup>92</sup> Anar Valiyev, »The Rise of Salafi Islam in Azerbaijan«, in: *Terrorism Monitor*, 3 (1.7.2005) 13.

<sup>93</sup> Mamed Suleimanov, »Baku Alarmed over »Wahhabi Menace«, in: *Caucasus Reporting Service*, (7.9.2001) 97, <[http://iwpr.net/?p=crs&s=f&o=159841&apc\\_state=henicrs2001](http://iwpr.net/?p=crs&s=f&o=159841&apc_state=henicrs2001)>; zur kritischen Untersuchung der Wahhabismus-Perzeption in Aserbaidschan siehe Kotecha, *Islamic and Ethnic Identities in Azerbaijan* [wie Fn. 89], S. 13–17.

und die Abwehr radikalen Islamismus mit dem Ziel, Regimegegner und -kritiker zu unterdrücken.<sup>94</sup>

## Zentralasien

Die Aussagen in westlichen Analysen über die Stabilität im postsowjetischen Zentralasien differieren in entscheidenden Punkten. Das gilt nicht zuletzt für die Einschätzung der Gefahr, die von islamistischen Antiregimekräften ausgeht. Das Spektrum reicht hier von »an irritant, but not a risk« bis zu »main risk«.

In Zentralasien kam es in den Jahren 1999 und 2004 zu Schlüsselereignissen für die Wahrnehmung des Terrorismus. Aber ist das postsowjetische Zentralasien im weltweiten Vergleich wirklich zu einem Brennpunkt des regionalen oder globalen Terrorismus geworden? Eine nach Weltregionen differenzierende Statistik von »terrorist incidents« hebt die Region keineswegs hervor.<sup>95</sup> Doch die Nähe zu Afghanistan und die Erinnerung an die Kämpfe in Tadschikistan in der ersten Hälfte der 1990er Jahre, in denen eine islamistische Partei als Gewaltakteur hervortrat, halten die Aufmerksamkeit für die Verbindung zwischen Islamismus und Gewalt in dieser Region wach.

Im Sommer 1999 traten militärische Einheiten der IBU entlang der porösen Grenzen zentralasiatischer Staaten mit Gewaltaktionen in Erscheinung, ihre Stützpunkte lagen in Afghanistan und in staatlich nicht kontrollierten Teilen Tadschikistans. Der IBU wurde nachgesagt, sie wolle mit ihren Militäraktionen staatliche Sicherheitsorgane von neu etablierten Drogenrouten ablenken, da sie in hohem Maße in den regionalen Drogenhandel involviert sei.<sup>96</sup> Noch vor dem 11. September 2001 wurde die internationale Aufmerksamkeit somit auf die Sicherheitslage nördlich von Afghanistan gelenkt. 2004 verstärkte eine Serie von Bombenanschlägen in Usbekistan die Wahrnehmung Zentralasiens als einer von Terroris-

mus heimgesuchten Region.<sup>97</sup> Bei Bombenattentaten in Taschkent und Buchara, für die eine Gruppe namens »Islamischer Jihad – Gemeinschaft der Mujahedin« verantwortlich zeichnete, wurden 45 Menschen getötet. Am 13. Mai 2005 stürmte eine bewaffnete Gruppe, die von usbekischen Behörden als »Akromiyya« (Anhänger von Akrom Joldasch, dem inhaftierten Autor des religiösen Traktats »Auf dem Weg zum Glauben«) identifiziert wurde,<sup>98</sup> ein Gefängnis in Andischan, in dem 23 Geschäftsleute unter Anklage des »religiösen Extremismus« einsaßen. Dieses Ereignis war Auftakt für das später von Sicherheitskräften angerichtete Blutbad, das internationale Empörung auslöste.<sup>99</sup> Ein weiteres Gefängnis wurde im Januar 2006 in einer Kleinstadt in Tadschikistan gestürmt. Im Mai wurden tadschikische und kirgisische Grenzposten angegriffen und Waffen und Munition geraubt. Bei dem Angriff und der anschließenden Verfolgung der Angreifer starben 13 Menschen.

Wie im Nordkaukasus assoziieren offizielle Stellen terroristische Gewalt überwiegend mit Islamismus und Jihad. In Usbekistan bezichtigten die Behörden auch Vertreter weltlicher Oppositionsparteien wie Muhammad Solih von der Partei »Erk«, er stehe mit Terroristen in Kontakt. In Bezug auf Kirgistan und Kasachstan erhält der Terrorismusdiskurs im Rahmen der SCO eine »ost-turkestanische« Dimension – durch den Hinweis auf uigurische Aktivisten, die zu terroristischer Gewalt übergegangen sein sollen.<sup>100</sup> An dieser Stelle taucht wieder die Verknüpfung zwischen Terrorismus und Separatismus auf. Mit Blick auf militante Gruppen wie die »Ostturkestanische Islamische Bewegung« (ETIM) stellt China die uigurische Nationalbewegung einschließlich ihrer Aktivisten in seinen

<sup>97</sup> Ausführlich dargestellt in: Centr Antiterrorističeskich Programm, *Specifika projavlenij terrorizma i ekstremizma v Central'noj Azii: itogi 2004 goda* [Zentrum für Antiterrorismus-Programme: Spezifische Erscheinungsformen des Terrorismus und Extremismus in Zentralasien: Ergebnisse von 2004], 4.4.2005, <www.terrorunet.ru>.

<sup>98</sup> Zu der umstrittenen Identifizierung siehe Alisher Ilkhamov, »The Phenomenology of »Akromiyya«: Separating Facts from Fiction«, in: *The China and Eurasia Forum Quarterly*, 4 (Mai 2006) 2, S. 39–49; Nick Keith, »Akromiyya«: Phantom oder Realität?, in: *Inamo*, 49 (Frühjahr 2007), S. 48–50.

<sup>99</sup> Uwe Halbach, *Usbekistan als Herausforderung für westliche Zentralasienpolitik*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, September 2006 (SWP-Studie 26/06), zu Andischan S. 7–10.

<sup>100</sup> 2003 nannte die kirgisische Regierung vier »Organisationen« im Zusammenhang mit »internationalem Terrorismus«: Neben der Hizb ut-Tahrir waren dies eine »Islamische Partei Turkestans«, eine »Ostturkestanische Befreiungsorganisation« und eine »Ostturkestanische Islamische Bewegung«.

<sup>94</sup> Unter den Rechtsschutzorganen wird hier vor allem die Abteilung des Innenministeriums für den Kampf gegen organisierte Kriminalität und Terrorismus kritisiert. Ihr wird vorgeworfen, einige Personen gefoltert zu haben, die man bei den Demonstrationen nach den Präsidentenwahlen 2003 verhaftet hatte (Rovshan Ismayilov, »European Court Ruling on Azerbaijani Torture Case Could Prompt Change«, in: *Eurasianet, Civil Society*, 24.1.2007, <www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav012407a.shtml>).

<sup>95</sup> Siehe Fn. 27.

<sup>96</sup> Svante E. Cornell, »Narcotics, Radicalism, and Armed Conflict in Central Asia: The Islamic Movement of Uzbekistan«, in: *Terrorism and Political Violence*, 17 (2005) 4, S. 619–639.

Karte 2  
Zentralasien



zentralasiatischen Nachbarländern unter einen generellen Terrorismusverdacht.

Kasachstan gilt als der wirtschaftlich erfolgreichste und ist wohl auch der politisch stabilste Staat der Region. In dem Land waren bislang kaum terroristische Anschläge zu verzeichnen, und es schien lange Zeit von radikalen Varianten »islamischer Wiedergeburt« recht weit entfernt. Dennoch verschärfte sich der Islamismus-Terrorismus-Diskurs in den letzten Jahren auch hier. Im November 2004 fanden Behörden vermeintliche Spuren von al-Qaida in Almaty, ja sogar in den stark russisch geprägten Provinzen Pawlodar und Semipalatinsk, und verhafteten in diesem Zusammenhang neun kasachische und vier usbekische Staatsbürger. Die angeblich mit IBU und al-Qaida vernetzte Gruppe soll an Bombenanschlägen in Usbekistan im Frühjahr und Sommer 2004 beteiligt gewesen sein. Zudem wurden Aktivitäten der Hizb ut-Tahrir nun auch in Kasachstan registriert, und zwar nicht nur

in den vom Islam stärker geprägten Südpervenzen. Gegenwärtig (Sommer 2007) stehen 40 Mitglieder verbotener islamischer Organisationen in Karaganda und Stepnogorsk wegen angeblicher terroristischer Aktivitäten vor Gericht.<sup>101</sup>

Die Hizb ut Tahrir ist außer in Usbekistan vor allem in Kirgistan aktiv. Dort hatte sie im Jahr 2004 angeblich 2000 Mitglieder – 95 Prozent davon in den Südpervenzen Osch und Jalalabad und dort besonders

<sup>101</sup> Aus dem Helsinki-Komitee in Almaty kam dazu folgender Kommentar: »Hinter der Hysterie im sogenannten Kampf gegen Extremismus und Terrorismus steht das Bemühen der Regierung, sich ein weiteres Instrument zur Kontrolle der Gesellschaft zu schaffen« (zitiert in: »Kazakhstan: Islamic Group Members on Trial for Terrorism«, in: *Eurasianet, Eurasia Insight*, 2.8.2007, <[www.eurasianet.org/departments/insight/articles/pp080207.shtml](http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/pp080207.shtml)>).

Tabelle

## Der politische Islam in Zentralasien

	<i>Partei der islamischen Wiedergeburt Tadschikistans</i>	<i>Islamische Bewegung Usbekistans (IBU)</i>	<i>Hizb ut-Tahrir (Zentralasiatische Sektion)</i>
Gründungsjahr	1990	1996	1996
Hauptoperationsgebiet	Zentral-, Süd- und seit 2000 Nord-Tadschikistan	usbekischer Teil des Ferganatal	Ferganatal (vorwiegend usbekischer, aber auch tadschikischer und kirgi- sischer Teil)
Ausrichtung	sunnitisch-islamistische Bewegung	militante sunnitisch-islamis- tische Bewegung	supranationale islamische Bewegung
Ziel	islamischer Staat, nach 1997 politische Partizipation des Islam	islamischer Staat, Kalifat	Kalifat
Strategie	im Bürgerkrieg (1991–97) be- waffneter Kampf gegen das postsowjetische Regime und seine Machtelite aus der Region Kuljob; danach fried- liche Durchsetzung islami- scher Grundprinzipien durch Beteiligung an der Regierung	Sturz der postsowjetischen Regime in Zentralasien, insbesondere in Usbekistan; militärische Operationen im Sommer 1999 und 2000	gewaltloser Kampf in drei Phasen: ► Indoktrination im Untergrund, ► öffentliche Kampagne, ► Machtübernahme
Gegen Christen/Juden gerichtet?	nein	nein	antijüdische und antiwest- liche Akzente in der Propa- ganda
Rechtsstatus	legal von 1991 bis 1993 und seit Ende 1999	illegal, unter schwerer Re- pression, Führer in Abwesen- heit zum Tode verurteilt	illegal, im Untergrund, unter schwerer Repression
Anlehnung an ethni- schen Nationalismus	eng	mäßig	keine; Propaganda gegen ethnischen, tribal-klan- haften, lokalen, regionalen Partikularismus
Heutige Position	in die Regierung integriert, aber politisch marginali- siert, minimale Präsenz im Parlament	vor 2001 Verbindung mit Jihad-Netzwerken in Afgha- nistan; in der »Operation En- during Freedom« 2001/02 militärisch zerschlagen; un- klare Mitteilungen über Re- organisation als »Islamische Bewegung Zentralasiens«	Untergrundaktivitäten jenseits des anfänglich auf Usbekistan und das Ferga- natal begrenzten Opera- tionsgebiets; trotz schwerer Repression Verbreiterung der Rekrutierungsbasis

Quelle: Kamoludin Abdullaev, »Integrating Political Islam in Central Asia: The Tajik Experience«, in: Davis/Azizian (Hg.), *Islam, Oil, and Geopolitics* [wie Fn. 7], S. 65.

unter der usbekischen Minderheit.<sup>102</sup> 2006 häuften sich in Kirgistan und Tadschikistan Hinweise auf eine wachsende Radikalisierung islamischer Bewegungen.<sup>103</sup> In Kirgistan fällt dieser Trend mit einer anhaltenden Schwächung der Staatlichkeit nach der »Tulpenrevolution« von 2005 zusammen. 2007 mehrten sich Hinweise internationaler Geheimdienste auf Neugruppierungen der IBU, die im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet Waziristan, der neuen »Drehscheibe des internationalen Terrorismus«, agieren sollen – darunter die »Islamische Jihad-Union«, vor deren Agenda auch Berlin gewarnt wurde.<sup>104</sup>

In letzter Zeit arbeiten zentralasiatische Staaten im Kampf gegen den Terrorismus enger zusammen, nachdem sie sich in zurückliegenden Jahren gegenseitig mit Vorwürfen überzogen hatten. Am 25. Juli 2006 unterzeichneten die Chefs der usbekischen und kirgisischen Geheimdienste ein als Antiterrorallianz bezeichnetes Abkommen. Daraufhin erfolgte im August eine gemeinsame Operation im Süden Kirgistans. Dabei wurde ein prominenter Imam in der Region von Kara-Suu an der usbekisch-kirgisischen Grenze getötet, der eine sich stetig vergrößernde Gemeinde um sich geschart hatte und nun als Märtyrer verklärt wird. Im Ruf eines Verfechters gemäßigter religiöser Ansichten, plädierte er für einen Dialog mit der Hizb ut-Tahrir und lud deren Vertreter in seine Moschee ein, obwohl er ihren Zielsetzungen öffentlich widersprach. Die Behörden gaben vor, in seinem Wagen Waffen gefunden zu haben. Der Vorfall veranlasste tausende Gläubige in der Region zu friedlichen Demonstrationen und rief Unruhe in der Zivilgesellschaft Kirgistans hervor.<sup>105</sup> Der kirgisische Ombudsmann Bakir Uulu sah im Vorgehen der Behörden »Markenzeichen usbekischer Geheimdienste: Exekutionen ohne Gerichts-

verfahren, die Unterschiebung von Waffen, Drogen und verbotener religiöser Literatur bei Verdächtigen«. <sup>106</sup> Auch in westlichen Analysen wurde davor gewarnt, die in Usbekistan geläufigen Methoden der »Terrorismusbekämpfung« auf Nachbarländer zu übertragen.<sup>107</sup> Der Kampf gegen Extremisten liefert hier ein »Lehrbuchbeispiel für unterschiedliche Definitionen von Sicherheitsrisiken und ihre Bekämpfung in der EU und in Zentralasien«.<sup>108</sup>

In Zentralasien hat sich ein Spektrum des politischen Islams entwickelt, das man nicht auf terroristische Gewalt reduzieren kann. Dies gilt zum Beispiel für diejenige Organisation, die im Zusammenhang mit dem radikalen Islamismus dort am häufigsten genannt wird: die Hizb ut-Tahrir.<sup>109</sup> Bis heute konnten ihr keine Gewaltakte nachgewiesen werden, von denen sie sich in ihren Pamphleten auch distanziert. Sie strebt ein Kalifat an und agiert transnational (*think globally, act locally*). Sie kombiniert verschiedene ideologische Mittel und Argumente und wendet sich mit deren Hilfe vehement gegen bestehende Macht- und Ordnungsstrukturen. Aufgrund ihres »Märtyrerstatus«, zu dem ihr das gewaltsame staatliche Vorgehen in Usbekistan verhilft, besitzt sie eine gewisse Anziehungskraft. Sie agiert in geheimen Zellen und verbreitet Flugblätter. Angesichts ihrer konspirativen Erscheinungsform bleiben alle offiziellen Angaben über Mitgliederzahlen der Organisation zweifelhaft.

Laut den lokalen Sicherheitsorganen findet derzeit eine Abspaltung gewaltbereiter Kräfte von der »nicht terroristischen« Mutterpartei statt. Die Rekrutierungsfelder der Hizb ut-Tahrir werden geographisch über Usbekistan und das Ferganatal hinaus

<sup>102</sup> Centr Antiterrorističeskich Programm, *Specifika projavlenij terrorizma i ekstremizma v Central'noj Azii: itogi 2004 goda* [wie Fn. 97.]

<sup>103</sup> Joshua Kucera, »Expert Examines Religious Trends in Kyrgyzstan«, in: *Eurasianet, Civil Society*, 19.1.2007, <[www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav011907a.shtml](http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav011907a.shtml)>; Alexey Sukhov, »Post-Soviet Radicalization of Islam in Kyrgyzstan: Hizb ut-Tahrir«, in: *Central Asia and the Caucasus*, 42 (2006) 6, S. 102–110.

<sup>104</sup> *Spiegel Online*, 23.6.2007.

<sup>105</sup> »Muftij Kyrgyzstana ob-javil pogibšego karasujskogo imama IDUšnika – »šachidom« [Der Mufti Kirgistans erklärte den ums Leben gekommenen Imam und IBU-Aktivisten zum »Märtyrer«], <[www.centrasia.ru/news.php4?st=1155115800](http://www.centrasia.ru/news.php4?st=1155115800)> (abgerufen am 9.8.2006); Alisher Khamidov/Alisher Saipov, »Anti-Terrorism Crackdown Fuels Discontent in Southern Kyrgyzstan«, in: *Eurasianet, Eurasia Insight*, 8.8.2006, <[www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav080806.shtml](http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav080806.shtml)>.

<sup>106</sup> Taalaibek Amanov, »Kyrgyzstan: Fury over Imam Death«, *Reporting Central Asia*, (18.8.2006) 461, <[http://iwpr.net/?p=rca&s=f&o=323151&apc\\_state=henirca95d21528e14080c663ffb150c2ed21b0](http://iwpr.net/?p=rca&s=f&o=323151&apc_state=henirca95d21528e14080c663ffb150c2ed21b0)>.

<sup>107</sup> Kucera, »Expert Examines Religious Trends in Kyrgyzstan« [wie Fn. 103].

<sup>108</sup> Daniel Kimmage, *Security Challenges in Central Asia. Implication of the EU's Engagement Strategy*, Brüssel: Center for European Policy Studies (CEPS), 26.7.2007 (CEPS Policy Brief Nr. 139), S. 2.

<sup>109</sup> Aus einer Flut von Publikationen zur Hizb ut-Tahrir in Zentralasien hier einige neuere Veröffentlichungen: International Crisis Group, *Radical Islam in Central Asia. Responding to Hizb ut-Tahrir*, Osh/Brüssel, 30.6.2003 (Asia Report Nr. 58); Zeyno Baran, »Fighting the War of Ideas«, in: *Foreign Affairs*, 84 (November–Dezember 2005) 6, S. 68–79; Emmanuel Karagiannis, »Political Islam in Uzbekistan: Hizb ut-Tahrir al-Islami«, in: *Europe-Asia Studies*, 58 (März 2006) 2, S. 261–280; ders., »The Challenge of Radical Islam in Tajikistan: Hizb ut-Tahrir al-Islami«, in: *Nationalities Papers*, 34 (März 2006) 1, S. 1–20.

und auch sozial ausgeweitet – auf Studenten, Geschäftsleute und Staatsbedienstete. Die Hizb entwickelt angeblich Strategien zur Unterwanderung der Staats- und Sicherheitsapparate.<sup>110</sup>

Die Entwicklung der »Partei« in Usbekistan zeigte, wie wenig staatliche Gewaltmaßnahmen bei der Bekämpfung des Extremismus fruchten. In Anbetracht dessen rief Präsident Karimow 2004 dazu auf, im Kampf gegen die Hizb ideologische Waffen zu schmeißen. Die Offensive, die von dieser Organisation ausgehe, sei gefährlicher als jeder militärische Angriff, weil sie sich auf das Denken und Fühlen junger Menschen richte. Die ideologische Gegenoffensive tritt aber nach wie vor hinter staatliche Gewaltmaßnahmen zurück, die tausende Menschen ins Gefängnis gebracht haben.<sup>111</sup>

**110** Roger McDermott, »Kyrgyz Intelligence Service Detects Shift in Hizb-ut-Tahrir Tactics«, in: *Jamestown Eurasia Daily Monitor*, 2.10.2006, <[www.jamestown.org/edm/article.php?article\\_id=2371499](http://www.jamestown.org/edm/article.php?article_id=2371499)>.

**111** Human Rights Watch, *Creating Enemies of the State: Religious Persecution in Uzbekistan*, New York u.a. 2004, <<http://hrw.org/reports/2004/uzbekistan0304>>.



## Ausblick

Europäischer und westlicher Politik sind enge Grenzen gesetzt, wenn es darum geht, auf die strukturellen Ursachen für die Verbreitung von Extremismus und Gewalt im postsowjetischen Raum einzuwirken. Hinweise auf tiefer liegende Ursachen für dieses Problem stoßen zum Beispiel in Zentralasien auf die Resistenz lokaler Machteliten gegenüber westlicher Kritik an politischen Missständen, Demokratiedefiziten und Menschenrechtsverletzungen und stärken deren Schulterschluss mit Russland und China. Gleichwohl besitzt die Politik auswärtiger Akteure in Zentralasien und im Südkaukasus mehr Spielraum als im Nordkaukasus, dessen Instabilität und Gewaltausstrahlung Moskau als innerstaatliches Problem Russlands behandelt. In Zentralasien und im Kaukasus zielen zumindest einige internationale Programme auf die Zusammenarbeit bei der Grenzsicherung und der Bekämpfung des von Afghanistan ausgehenden Drogen Schmuggels und anderer grenzüberschreitender Risiken. Mit dem Schwerpunkt Bildungs- und Jugendarbeit begibt sich die neue EU-Zentralasienstrategie auf ein Feld, auf dem strukturelle Ursachen für das hier behandelte Problem liegen.

Als Ursachen für die terroristische Gewalt im GUS-Raum sind verschiedene Faktoren ermittelt worden: Transformationskrisen, Legitimationsschwäche amtierender Regime und die Perzeption »ungerechter Herrschaft« in Teilen der Bevölkerung, hohe Arbeitslosigkeit und andere sozialökonomische Probleme, die besonders junge Bevölkerungsgruppen betreffen, undifferenzierte staatliche Maßnahmen gegen »religiösen Extremismus«, katastrophale Regierungsführung wie in einigen nordkaukasischen Teilrepubliken, Verbindungen zwischen religiösem und ethnischen Extremismus, religiöse Bildungsprobleme und die besondere religiöse Prägung bestimmter Regionen (Ferganatal, Dagestan).<sup>112</sup> Keiner davon ist absolut zu setzen. Einzelne Faktoren oder Faktorenkombinationen wirken sich lokal unterschiedlich aus.

<sup>112</sup> Zu unterschiedlichen Erklärungsmodellen (Repressionstheorie, Relative Deprivation Theory, Insecurity Dilemma Theory) für die Entstehung der IBU siehe Dina Sharipova, »The Emergence of Islamic Movement of Uzbekistan: Theoretical Explanations«, in: *Central Asia's Affairs* (Kazakhstan Institute of Strategic Studies), (2007) 1, S. 26–31.

So gelten zum Beispiel in Usbekistan Bucharra und Samarkand als historische Zentren des mittelasiatischen Islam, treten aber nicht so stark hervor wie das Ferganatal im Osten des Landes, wenn es um gegenwärtige islamistische Oppositionsbildung geht. Geben also sozioökonomische Faktoren den Ausschlag für die besondere Rolle dieses Landesteils im Kontext islamistischer Bewegungen? Es gibt in Usbekistan Regionen, die weit stärker von der Wirtschaftskrise betroffen sind als das Ferganatal, in denen aber religiös argumentierende Oppositionskräfte kaum in Erscheinung treten. Monokausale Erklärungen geben für die Ursachenanalyse des Extremismus in den hier behandelten Regionen nicht viel her. Ebenso wenig lassen sie sich aus dem Verhalten der Regierungen gegenüber religiös-politischer Oppositionsbildung ableiten. In Zentralasien gedieh die Hizb ut-Tahrir in den letzten zehn Jahren am besten in Usbekistan und Kirgistan, aber unter recht unterschiedlichen politischen Bedingungen: hier unter dem repressivsten staatlichen Vorgehen gegen »religiöse Extremisten« im gesamten GUS-Raum, dort unter einem weit weniger rigiden staatlichen Agieren und unter Bedingungen schwacher Staatlichkeit. Gleichwohl prägen bestimmte Faktoren das Bild von der »islamistisch-terroristischen« Bedrohung stärker als andere: Im Nordkaukasus ist dies die tiefgreifende Systemkrise, in der sich die staatlichen Machtorgane befinden.

In Zentralasien stellen sich amtierende Regierungen oft als Verteidiger der säkularen Ordnung gegen religiöse Extremisten dar. Die usbekische Regierung etwa begegnet internationaler Kritik an ihren Menschenrechtsverletzungen mit dem Argument, es gebe nur die Alternative zwischen einem autoritären Säkularismus und einem islamistischen Gegenentwurf. Ein Scheitern des herrschenden Regimes habe laut dieser Darstellung die radikale Islamisierung von Staat und Gesellschaft zur Folge. Hier wird der Eindruck erweckt, Politik in Zentralasien spiele sich exklusiv zwischen islamistischen Oppositionskräften und Präsidialautokratien ab, die die säkulare Staatsordnung verteidigen. Diese falsche Vorstellung geht auf Kosten säkularer Oppositionsbewegungen und suggeriert, Opposition allgemein sei weitgehend isla-

mistisch. In Kirgistan und Kasachstan aber existiert ein Spektrum von Oppositionskräften, das keineswegs von regimefeindlichen Kräften islamistischer Prägung dominiert wird. In Usbekistan waren weltliche Kanäle für Regimekritik und Oppositionsbildung zu finden, die aber vom Regime selbst zubetoniert wurden. In Tadschikistan besteht die Opposition durchaus nicht nur aus der – inzwischen gemäßigten, staatstragenden und »demokratisch« argumentierenden – »Islamischen Partei der Wiedergeburt« und der radikaleren Hizb ut-Tahrir. In Turkmenistan wurde die weltliche Opposition ins Exil gedrängt. Über islamistische Oppositionskräfte ist hier kaum etwas bekannt. Aserbaidschans Oppositionsspektrum wird von historischen »nationaldemokratischen« weltlichen Parteien wie »Müsavat« (Gerechtigkeit) repräsentiert und keineswegs überwiegend von Islamisten okkupiert.

Gleichwohl rangiert die »islamistische Bedrohung« sehr hoch im politischen Diskurs der Regierungen.<sup>113</sup> Bei aller gebotenen Aufmerksamkeit für extremistisch-terroristische Potentiale nördlich von Afghanistan besteht für die westliche Zentralasienpolitik die Herausforderung darin, dieser Rhetorik kritisch zu begegnen und islamistische Gewalt im GUS-Raum im Zusammenhang mit einem breiteren Spektrum von Problemen mit sicherheitspolitischer Bedeutung zu analysieren. Dazu gehören Menschenrechtsverletzungen (die in einem Land wie Usbekistan unter dem Rubrum des Antiterrorismus und der Bekämpfung des »religiösen Extremismus« begangen werden), Armut, die sich in bestimmten Regionen zuspitzt, Korruption in den wirtschaftlichen und staatlichen Machtorganen, Drogenhandel und transnationale Kriminalität.

## Abkürzungen

CIA	Central Intelligence Agency (USA)
CSTO	Collective Security Treaty Organization
ETIM	Ostturkestanische Islamische Bewegung
EU	Europäische Union
FSB	Federal'naja služba bezopasnosti (Föderaler Sicherheitsdienst, Russland)
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IBU	Islamische Bewegung Usbekistans
Nato	North Atlantic Treaty Organization
OSKB	Organizacija dogovora o kolektivnoj bezopasnosti (Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit; engl. CSTO)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
RATS	Regionale Antiterrorstruktur
SCO	Shanghai Cooperation Organization
UN	United Nations
UNDP	United Nations Development Programme

<sup>113</sup> Der russische Islamexperte Alexej Malaschenko bescheinigt Politikern hier »doppelten Standard«: »Heute nimmt die »islamische Bedrohung« einen herausragenden Platz in der Presse und in den Reden von Politikern ein. In privaten Gesprächen weigern sich die lokalen Offiziellen hingegen, die Existenz dieser Bedrohung zu bestätigen. Einige hochrangige Politiker in Zentralasien geben sogar zu, dass sie kaum etwas über aktive islamistische Organisationen wissen, die hier operieren sollen, und dass sie Schwierigkeiten haben, die Namen ihrer Führer zu benennen« (Malashenko, »Islam, Politics, and Security in Central Asia« [wie Fn. 7], S. 94).